

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Mk. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seifenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Vorwärts!

Vorwärts, immer vorwärts sollst du streben, Unverrückt in's Aug' gefaßt das Ziel. — Und dein Streben sicher wird dir geben Besten Lohn als müßiger Taub und Spiel. — Doch bestimmt wirst du das Ziel erreichen Unbeirrt durch Lug und Trug und Hohn, Wenn du nicht vom Wege ab wirst weichen Der da heißt: „Organisation“.

F o h. M i t t e l s t a n d e n

Die Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-Berufsgenossenschaft im Jahre 1912.

Der Jahresbericht vorgenannter B.-G. enthält, namentlich für unsere Kollegen aus der Edelmetall-, Schmied- und Spielwarenindustrie, interessante und wissenschaftliche Angaben. Deshalb sei nachstehend das Wichtigste daraus wiedergegeben.

Diese B.-G. besteht aus vier Sektionen. Sektion I (Nürnberg) umfaßt ganz Bayern. Sektion II (Stuttgart) wird aus Württemberg und Hohenzollern gebildet. Zur Sektion III (Pforzheim) gehört Baden und Elsaß-Lothringen. Sektion IV (Hanau) umfaßt das Großherzogtum Hessen und die Provinz Hessen-Nassau.

In der Süddeutschen Edel- und Unedelmetallindustrie-B.-G. waren im Jahre 1912 in 2762 Betrieben 93 660 versicherte Vollarbeiter beschäftigt. (Ein Vollarbeiter gleich 300 Arbeitstage a 10 Stunden.) Gegen das Vorjahr sind die Versicherten um 2494 und die Betriebe um 89 gestiegen. Entsprechend dem Charakter der Edelmetallindustrie überwiegt in derselben der Kleinbetrieb ganz bedeutend. Es beschäftigt:

	1912	1911
1 bis 10 Personen	1411 Betriebe	1311 Betriebe
11 " 50 "	940 " "	954 " "
51 " 200 "	343 " "	314 " "
201 " 500 "	51 " "	49 " "
501 " 1000 "	9 " "	10 " "
Über 1000 "	5 " "	5 " "

Während also die kleinen Betriebe eine ganz rapide Steigerung aufweisen, stagniert der Mittel- und Großbetrieb; teilweise ist sogar ein Rückgang zu verzeichnen. Die sozialdemokratische Konzentrationslehre d. h. das Verschmelzen der Kleinen durch die Großen, trifft also bei der süddeutschen Edelmetall-, Schmied- und Spielwarenindustrie ebensowenig zu, wie bei den anderen Gewerben. Wenn die Arbeiter dieser Industrie trotzdem in größerem Maße der Sozialdemokratie nachlaufen (Pforzheim, Nürnberg, Hanau usw.), so beweist dieses nur, daß sich diese irreführenden Arbeitercharaktere über das Endziel der Sozialdemokraten nicht im Klaren sind.

Die 93 660 versicherten Vollarbeiter, welche die süddeutsche Edel- und Unedelmetallindustrie-B.-G. aufweist, gliedern sich folgendermaßen:

	1912	1911	Zunahme
Erwachsene Arbeiter	51 774	51 073	1,37%
Erwachsene Arbeiterinnen	24 043	23 213	3,57%
Jugendliche Arbeiter	8 709	8 045	8,25%
Jugendliche Arbeiterinnen	3 265	3 215	1,55%
Angestellte	5 869	5 620	4,43%
	93 660	91 166	

Einer verhältnismäßig geringen Vermehrung der erwachsenen männlichen Arbeiter steht eine mehr als doppelt so große Zunahme der erwachsenen Arbeiterinnen gegenüber. Stark ist auch die Zunahme der Angestellten. Ob diese Entwicklung gesund ist, kann bezweifelt werden. Im Jahre 1912 waren insgesamt in genannter Berufsgenossenschaft

2530 Unfälle zu verzeichnen

Entschädigt wurden davon 461; von letzteren betrafen 288 erwachsene und 32 jugendliche Arbeiter ferner 134 erwachsene und 32 jugendliche Arbeiterinnen. Von den Verletzten wurden 9 getötet, 3 blieben dauernd bölig und 340 dauernd teilweise erwerbsunfähig, während 109 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit erlitten.

Für Unfallentschädigung wurden 397 954 Mk. aufgewendet; davon waren 345 029 Mk. Rente für 2740 Verletzte. An 61 Witwen Geldsteuer wurden 12 209 Mk. ausbezahlt; ferner erhielten 76 Kinder und Enkel Geldsteuer 12 723 Mk. und 6 Verwandte aufsteigender Linie 1210 Mk. An 57 Verletzte wurde eine Abfindungssumme von 11 362 Mk. gezahlt und an einen Ausländer 419 Mk. Sterbegeld gelangten 828 Mk. zur Auszahlung. Die Kosten des Heilverfahrens für 206 Verletzte betrugen 8501 Mk.; Kur- und Pflegekosten für 39 Verletzte beanspruchten 5051 Mk.

Zieht man die 5869 Angestellten von den 93 660 Vollarbeitern ab, dann verbleiben noch 87 791 versicherte Arbeiter und Arbeiterinnen, deren

Durchschnittslohn

betrug 1098 Mark. Gegen 1911 beträgt die Zunahme 18 Mark gleich 1,6%. Diese Steigerung ist gegenüber der enorm verteuerten Lebenshaltung ungenügend. Im einzelnen wird dieses weiter unten besonders kraft in Erscheinung treten, wo wir die Lohnsteigerungen in den vier Sektionen, den gestiegenen Lebensmittelpreisen des jeweiligen Bundesstaates gegenüberstellen.

Nicht für alle Arbeiter ist der Durchschnittslohn gestiegen, bei den jugendlichen Arbeitern ist er sogar um 2 Mark zurückgegangen. Im einzelnen betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1912 und die Zunahme (+) oder Abnahme (-) gegen 1911:

Erwachsene Arbeiter	1444 Mk.	+ 34 Mk.	= 2,41%
Jugendliche Arbeiter	294 "	- 2 "	= 0,66%
Erwachsene Arbeiterinnen	743 "	+ 17 "	= 2,33%
Jugendliche Arbeiterinnen	357 "	+ 2 "	= 0,56%

Auffallend an dieser Zusammenstellung ist ein zweifaches. Die erwachsenen Arbeiterinnen erreichen kaum etwas mehr als die Hälfte des Durchschnittslohnes der erwachsenen Arbeiter, während andererseits der Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiter ganz beträchtlich — um fast 20% — hinter dem Durchschnittslohn der jugendlichen Arbeiterinnen zurückbleibt. Ob dieses allein im Lehrlingswesen begründet liegt, entzieht sich unserer Kenntnis. Unsere süddeutschen Kollegen sollten dieser Erscheinung auf den Grund gehen und nach dem Rechten sehen. Den erwachsenen Arbeiterinnen aber kann nicht dringend genug angeraten werden, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, nur dann können ihre Löhne in Einklang mit den übrigen gebracht werden. Davon haben auch die Kollegen das allergrößte Interesse, wenn sie ihre Arbeit auf die Dauer durch die billige und willige Arbeitskraft der Arbeiterinnen nicht entwertet wollen sehen.

In den vier Sektionen der Süddeutschen Edel- und Unedelmetallindustrie bewegt sich der Durchschnittslohn der Arbeiter und Arbeiterinnen in folgenden Grenzen:

	Erwachsene Arbeiter	Jugendliche Arbeiter	Erwachsene Arbeiterinnen	Jugendliche Arbeiterinnen
Sektion I Nürnberg 1310 93 Mk.	262,60 Mk.	656,54 Mk.	385,93 Mk.	59,20 Mk.
" II Stuttgart 1412,05	288,79	711,02	335,04	59,20
" III Pforzheim 1560,53	334,26	871,85	335,04	59,20
" IV Hanau 1477,39	289,10	666,67	369,11	59,20

Die Zu- oder Abnahme in den vier Sektionen gegen das Vorjahr ist folgende: Sektion Nürnberg: erwachsene Arbeiter + 26,92 Mk., erwachsene Arbeiterinnen + 15,78 Mk., jugendliche Arbeiter + 6,90 Mk., jugendliche Arbeiterinnen + 4,28 Mk. Sektion Stuttgart: erwachsene Arbeiter + 52,67 Mk., erwachsene Arbeiterinnen + 18,27 Mk., jugendliche Arbeiter — 4,86 Mk., jugendliche Arbeiterinnen + 12,21 Mk. Sektion Pforzheim: erwachsene Arbeiter + 36,09 Mk., erwachsene Arbeiterinnen + 19,06 Mk., jugendliche Arbeiter — 9,67 Mk., jugendliche Arbeiterinnen — 8,23 Mk. Sektion Hanau: erwachsene Arbeiter + 22,20 Mk., erwachsene Arbeiterinnen — 7,00 Mk., jugendliche Arbeiter + 2,10 Mk., jugendliche Arbeiterinnen + 14,24 Mk.

Einen Rückgang des Durchschnittslohnes haben mithin zu verzeichnen die erwachsenen Arbeiterinnen in der Sektion Hanau um 7 Mk., die jugendlichen Arbeiter in der Sektion Stuttgart um 4,86 Mk., die jugendlichen Arbeiter in der Sektion Pforzheim um 9,67 Mk., die jugendlichen Arbeiterinnen in der Sektion Pforzheim um 8,23 Mk.

Gründe für diese wirklich mißliche Erscheinung in einem Jahre mit allgemein guter Konjunktur sind in dem Bericht nicht enthalten.

Die ungenügende Steigerung der Löhne tritt erst dann richtig in die Erscheinung, wenn man die Lohnsteigerungen der erwachsenen männlichen Arbeiter — unter denen die Familienväter überwiegen — in Vergleich bringt zur Steigerung der Nahrungsmittelpreise.

Die Durchschnittslöhne dieser Arbeiter weisen in den vier Sektionen folgende Zunahme auf: 26,92 Mk., 52,67 Mk., 36,09 Mk., 22,20 Mk.

Demgegenüber betrug nach den Ermittlungen H. Calvert, der durchschnittliche wöchentliche Aufwand für Lebensmittel bei einer vierköpfigen Familie, wenn man die Summe zu Grunde legt, welche das Reich für die Beförderung eines Marinevolkspaten ausgibt in:

	1911	1912	Wöchentliche Steigerung
Bayern	24,15 Mk.	25,79 Mk.	1,64 %
Württemberg	23,95 "	25,49 "	1,54 "
Baden	25,95 "	27,09 "	1,14 "
Elsaß-Lothringen	25,91 "	27,29 "	1,38 "
Hessen	24,13 "	25,77 "	1,64 "
Hessen-Nassau	24,92 "	25,63 "	0,71 "

Rechnet man diese wöchentlichen Steigerungen auf das Jahr um, und bringt sie ins Verhältnis zu den

Lohnsteigerungen der erwachsenen männlichen Arbeiter in den vier Sektionen der Süddeutschen Edel- und Unedelmetallindustrie-B.-G. dann ergibt sich folgendes, sicherlich nicht erhebende Bild. Im Jahre 1912 sind gegen 1911 gestiegen:

Sektion	Lebensmittel	Böhne
Nürnberg	85,28 Mk.	26,92 Mk.
Stuttgart	80,08 "	52,67 "
Pforzheim	65,52 "	36,09 "
Hanau	61,10 "	22,20 "

In der Sektion Nürnberg war also die Lohnsteigerung um 58,36 Mark geringer wie die Preissteigerung der Lebensmittel, in der Sektion Stuttgart um 27,41 Mark, Pforzheim um 29,43 Mark und in Hanau um 38,40 Mark.

Diese Ziffern erbringen den Beweis, daß in der Edel-, Schmied- und Spielwarenindustrie Süddeutschlands die Löhne entschieden hinter den Zeitverhältnissen zurückgeblieben sind. Sache der Arbeiter ist es, durch Ausbau der Organisation und tiefbewußte Arbeit den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Handel und Handelspolitik.

II.

Der Handel und damit auch die Industrie hätten ihre überragende Bedeutung nie erreichen können, wenn nicht das Nachdenken eine Ausdehnung erfahren hätte, die es im Verfolg der technischen Entwicklung ermöglichte, rasch und sicher die erforderlichen Tatsachen von einem Teil der Welt zu den anderen zu berichten. Rasche Disposition und damit volle Ausnutzung der jeweils gegebenen Verhältnisse ist nur möglich geworden durch die Schnelligkeit der Fernschreibmittel. In Deutschland hat ja man der Staat gerade diesem Zweck der inneren Handelspolitik, dem als solchen kann man das Nachrichtenwesen wohl bezeichnen, seine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Post- und Telegraphenbetriebe sind Staatsmonopole. Noch 1872 betrug die Zahl der deutschen Postanstalten 7518; 1880 9460; 1885 17452; 1890 24970; 1900 schon 37 146; die Vermehrung von jetzt an schreitet selbstverständlich langsamer vorwärts. Immerhin steigerte sich die Zahl durch den weiteren Ausbau auf 39 052 i. J. 1905 und 40 816 im J. 1910. Wie gewaltig die Anfordernngen an unsere Postanstalten gestiegen sind, beweist die Zahl der eingegangenen Briefsendungen — von dem Güterverkehr, der ebenfalls einen ganz gewaltigen Umfang angenommen hat, sehe ich ab. In den nun folgenden Jahren sind allerdings auch die Sendungen mit einbegriffen, die nicht nur Handel und Industrie betreffen. Wie gehen aber mit der Zunahme, daß bei weitem der größte Teil Handel und Industrie betrifft, sicher nicht fehl. Die Zahl der eingegangenen Briefsendungen betrug 1872 500,4 Mill. Stück; 1880 843,2 Mill. mit 1885 wird bei einer Anzahl von 1,149 Milliarden die erste Milliarde überschritten; 1895 mit 2,103 Milliarden die zweite, 1900 brachte eine Vermehrung auf 3,280 Milliarden, 1905 auf 4,422 Milliarden. 1910 betrug die Zahl der eingegangenen Briefsendungen bereits 5,679 Milliarden Stück. Von nicht geringerer Bedeutung als der Ausbau des Postwesens ist der des Telegraphenwesens. 1872 zählte man erst 4033 Telegraphenanstalten, 1880 9980; 1885 13 413; 1890 17 452; 1895 20 713; 1900 24 456; 1905 32 312 und 1910 45 116. Die zunehmende Bedeutung des Telegraphenverkehrs ist aus diesen Zahlen genügend ersichtlich. Mit der Errichtung von Telegraphenanstalten ist es selbstverständlich nicht getan; der Ausbau des Netzes mußte hinzutreten. 1872 betrug die Länge der Draht 125,3 Millionen Kilometer; 1880 255,9 Mill. Km.; 1885 296,9 Mill. Km.; 1890 351,9 Mill. Km.; 1900 493,4 Mill. Km.; 1905 542,3 Mill. Km. und 1910 1837 Millionen Km. Mit dem Ausbau des Telegraphenwesens wächst die Zahl der aufgegebenen Telegramme: 1872 betrug sie 9,581 Mill. Stück; 1880 13,416; 1885 15,556; 1890 21,806; 1900 38,609; 1905 41,479; 1910 46,348 Mill. Die Zahl der eingegangenen Telegramme ist im gleichen Verhältnis gestiegen. Einer immer größeren Beliebtheit erfreut sich im Geschäftsleben der Fernschreiber. Besonders die Börse bedient sich seiner im steigenden Maße und die an der Börse interessierten Kreise. Zur schnellen Nachrichtenübermittlung, die gerade hier bei den vielen Schwankungen der Papier- und Warenpreise erstes Erfordernis ist, hat sich das Fernschreiben immer mehr als unentbehrliche Einrichtung herausgebildet. Ende der 80er Jahre bestanden erst wenig Orte mit Fernschreibanstalten — nur 188 wurden. 1888 gezählt. Diese Zahl erfuhr eine beträchtliche Vermehrung am Ende des folgenden Jahrzehntes, wo bereits 13 175 Orte Fernschreibanstalten besaßen. 1905 war diese Zahl auf 25 548 gestiegen und 1910 auf 36 665. Damit ist es erreicht, daß heute fast jede kleine Ortschaft die Möglichkeit des Fernschreibens bietet. Die Länge der Fernschreibleitungen hat sich natürlich ebenfalls sehr rasch vergrößert und die Gesamtzahl der von den Fernschreibanstalten vermittelten Gebrüche hat heute für ein Jahr wohl zwei Milliarden überstiegen. Sie betrug 1888 150,6 Millionen; 1900 691; 1905 1,207 Millionen und 1910 1,850.

Sämtliche angeführten Gebiete aus dem Verkehrswesen lassen ganz absolut betrachtet eine gewaltige Steigerung erkennen. Sie wird noch augenfälliger, wenn wir sie ins Verhältnis mit der Bevölkerung setzen. Da zeigt sich dann sofort, daß auf den

Kopf der Bevölkerung heute mehr Briefe, Telegramme und Ferngespräche entfallen, als vor 5, 10 und noch mehr Jahren — der beste Beweis der zunehmenden Bedeutung.

Trotz der gewaltigen Bedeutung, welche die innere Handelspolitik für den Handel und auch die Industrie hat, beansprucht die äußere heute eine ganz andere Aufmerksamkeit. Die Verhältnisse im Inland sind klarer geworden. Der Weg der künftigen Entwicklung ist in den meisten Fällen deutlich vorgezeichnet, wenn natürlich auch in einzelnen Spezialfragen — ich erinnere nur an die Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserläufen, des ferneren an den Bau von Kanälen — immer Meinungsdivergenzen vorhanden sein werden. Ueber die großen Ziele der inneren Handelspolitik, den Weg, den wir zu erreichen, beschreiten müssen, herrscht mit Ausnahme des Kartellwesens doch eine gewisse inhaltliche Einigkeit. Ganz anders aber herrscht es sich bei der äußeren Handelspolitik. Wird diese angeschnitten, so offenbaren sich sofort die größten Interessengegenstände. Der größte der wahren Konsumment und Produzent, läßt uns sofort auf einen Umstand aufmerksam werden. Was hat denn der Produzent mit der Handelspolitik zu tun? Geht sie nicht einzig und allein den Kaufmann, den Vermittler der Ware vom Produzenten zum Konsumenten an? Keineswegs, denn gerade die äußere Handelspolitik ist von der größten Bedeutung für die heimische Produktion, so wichtig, daß sie deren Richtung unter Umständen ganz und gar bestimmt. Dabei kann dann sehr leicht der Fall eintreten, daß die Interessen auch des Produzenten und des Kaufmannes einander gegensätzlich sind. Der letztere will durch Vermittlung der Ware Geld verdienen, wo er sie einkauft, wo er sie loschlägt, ist ihm gleichgültig; der andere aber will seine Waren verkaufen, will in erster Linie für sie einen gesicherten Absatzmarkt haben. Es ist leicht begreiflich, daß der Kaufmann fast immer der Kämpfer des freien Handels gewesen ist, bei feinem Bestehen hat er das weitestgehende Feld. Man hat nun, und der jüngsten Zeit bleibt das zweifelhafteste Verdienst, das in besonderer Weise getan zu haben, den Versuch gemacht, auch einen Interessengegenstand zwischen Industrie und Landwirtschaft zu konstruieren. Es ist gewiß denkbar, daß ein solcher besteht und eine verschiebende Handelspolitik angestrebt wird. Nach dem großen Zusammenbruch der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bekehrte sich die Industrie sehr rasch zur Schutzpolitik, die Landwirtschaft stand ihr zunächst noch durchaus kühl gegenüber, sie hatte kein Interesse daran. Befähigt sie ja doch den englischen Absatzmarkt, der einen Schutz des heimischen, besonders da eine Konkurrenz ja überhaupt nicht bestand, vollständig überflüssig machte. Das änderte sich allerdings gründlich als die Vereinigten Staaten von Amerika den Markt in England an sich rissen, und eine beispiellose Krise über die deutsche Landwirtschaft hereinbrach, die durch die gleichzeitige Konkurrenz des jenseitigen Staatenverbandes auch in Deutschland noch verschärft wurde. Doch davon werden wir noch weiter unten näheres hören. Hier kommt es nur darauf an, zu zeigen, wie gewaltig die Gegenstände, wie eingreifend in die Verhältnisse die äußere Handelspolitik sein kann. Und das zeigt sich nun in ganz besonderem Maße, wenn wir den Produzenten und den Konsumenten betrachten. Der erstere möchte so teuer als möglich verkaufen — das Bestreben, den Absatz durch einige Verbilligung des Produktes zu steigern steht dem nicht entgegen —, der letztere will, sei es nun der letzte Konsument oder nur ein Weiterverarbeiter, möglichst billig einkaufen. Das Bestreben der Industrie kann dem Konsumenten ganz gleichgültig sein von rein materiellem Gesichtspunkte aus betrachtet.

In einem Fall tritt allerdings auch hier die Solidarität der Interessen, die schließlich doch unter allen Umständen eines Volksverbandes besteht in recht beachtlichem Maße hervor. Steht der Arbeiter nicht auf dem Standpunkte des Sozialismus, der ja schließlich unsere ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung negiert, so wird es ihm ohne weiteres klar sein, daß die Interessen der Industrie in letzter Linie doch auch die seinigen sind. Dabei braucht er selbstverständlich die Gegenstände, die zwischen dem Käufer und dem Verkäufer der Arbeitskraft nun einmal bestehen, keineswegs zu verlernen. Aber das muß er einsehen, daß beim Blühen der Industrie auch seine Lebenshaltung sich erhöhen kann. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist groß und die Löhne steigen. Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Erkenntnis dieses Zusammenhanges, die ein Rufzeichen der christlichen Gewerkschaften ist, kann hier natürlich nicht weiter behandelt werden. Es gibt nichts Lächerlicheres, als wenn der Arbeiter durch seine Lohnpolitik — ungerathener Weise — die Herstellung eines Streikes herbeiführt — oder durch Gebrauch seines politischen Stimmrechtes die Industrie zu schädigen sucht, er gleicht dem Manne, der den Ast abjagt, auf dem er sitzt.

Bevor wir nun auf die eine Handelspolitik bedingenden Momente eingehen, sei noch eine Bemerkung vorausgeschickt. Prinzipien haben, ist eine schöne Sache — in der Betrachtung der Handelspolitik aber sind sie nicht nur nutzlos, sondern auch verberlich. Das Wirtschaftsleben ist eine Erscheinung, die sich im Laufe weniger Jahre von Grund aus ändern kann. Was heute gut scheint, kann morgen verberlich sein und umgekehrt. Eine gerechte Beurteilung darf sich also nicht von vorgefaßten Meinungen, sondern nur von dem tatsächlichen Stand der Verhältnisse leiten lassen. Die eingeschlossenen Vertreter eines Wirtschaftssystems können niemals objektive Beurteiler sein, so wenig es eine Vereinerung sein kann, in der großkapitalistischer Einfluß überwiegt und die nur Handelsinteressen verfolgt wie etwa der Hansabund.

Die Volksversicherung.

I. Wesen und Aufgaben.

In den letzten Monaten ist sehr viel über die Frage der Volksversicherung geredet und geschrieben worden. Auch in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterkraft wird seit Monaten diesem Gegenstand lebhaftes Interesse entgegengebracht. Mit dem 1. Juli ds. Js. tritt die Frage der Volksversicherung in Deutschland in ein neues Stadium. Bis dahin lag sie in der Hauptsache privatkapitalistische Lebensversicherungsgesellschaften in die Hand der Volksversicherung, beginnend mit dem 1. Juli zwei neue Gesellschaften ihre Tätigkeit, die auf gemeinsamer Grundlage, angebahnt sind: die sozialdemokratische Volksfürsorge und die Volksversicherungsgesellschaft, die unter Mitwirkung der christlichen Arbeiterorganisationen gebildet wurde. Es erhebt sich dabei notwendig, einiges darüber zu sagen, was sich in der Frage der Volksversicherung abspielen wird.

Was versteht man unter Volksversicherung?

Die Bezeichnung Volksversicherung findet Anwendung auf alle Lebensversicherungen, sofern sie unter 1500 Mk.

Vericherungssumme abgeschlossen sind. Diese kleinen Lebensversicherungen sind außerordentlich vielfältig. Man kennt 1. Versicherungen auf den Todesfall (Sterbegeldversicherung), 2. Versicherungen auf den Todes- und Lebensfall (die sogenannte gemischte Versicherung), bei welcher die Versicherungssumme beim Tode spätestens aber beim Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer gezahlt werden muß. 3. Versicherungen mit festem Auszahlungstermin (Verorgungsversicherung). Diese Versicherungsart wird in der Regel angewendet für ganz bestimmte Zwecke, z. B. um die erforderlichen Mittel, unabhängig von dem Leben des Versorgers oder Watters für einen bestimmten Zeitpunkt, so bei der Schulentlassung, für den Militärdienst oder bei der Heirat der Kinder auf jeden Fall zur rechten Zeit bereit und sicher zu stellen. 4. Versicherungen für Kinder im Alter bis zu 14 Jahren; diese Versicherung soll den Eltern die rechtzeitige Bereitstellung der zur Ausbildung eines Sohnes oder zur Ausstattung einer Tochter erforderlichen Mittel ermöglichen, gleichzeitig sichern sie sich dadurch das versicherte Kapital für den Fall, daß das Kind vorzeitig stirbt. 5. Bei allen genannten Arten von Versicherungen sind sogenannte Zusatzversicherungen möglich, d. h. die Versicherten können über die regelmäßigen Beiträge hinaus ab und zu größere oder kleinere Beiträge, die sie glauben erübrigen zu können, bei der Volksversicherung einzahlen. Durch diese freiwilligen Einzahlungen gestalten sie ihre Versicherung aus und erhöhen die Versicherungssumme. Ueber 1500 Mk. darf jedoch bei der Volksversicherung nicht eingegangen werden.

Der Volksversicherungsgedanke ist bereits sehr weit verbreitet.

In Deutschland hat allerdings diese Art der Versicherung noch nicht den Umfang angenommen, wie z. B. in England und Amerika. In Amerika sind es bereits zwischen 50 und 60 Prozent und in England zwischen 30 und 40 Prozent der Bevölkerung, die der Volksversicherung anhängen, während in Deutschland ca. 12—15 Prozent in Betracht kommen. Dieses erklärt sich dadurch, daß in Deutschland bereits seit den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts die soziale Arbeiterversicherung ihre segensreiche Wirksamkeit begann und den minder bemittelten Volkschichten nicht unerhebliche Summen bei Krankheit, Tod, Unfall und Invalidität zuführte. Nichtsdestoweniger gewinnt auch in Deutschland der Gedanke der Volksversicherung als wertvolle Ergänzung der Sozialversicherung in immer stärkerem Maße seine Anhänger aus den breiten Schichten unseres Volkes.

1912 liefen in Deutschland schon rund achteinhalb Millionen Polizen der Volksversicherung, die in der Hauptsache mit und von privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften abgeschlossen waren und die eine Versicherungssumme von mehr als einbreierviertel Milliarde Mark umfaßten.

15 größere Versicherungsgesellschaften besaßen sich zurzeit mit den kleinen Lebensversicherungen. Davon haben aber allein die zwei größten, Gesellschaften sechseinhalb Millionen von den achteinhalb Millionen Volksversicherungspolizen abgeschlossen. Die Versicherungsgesellschaft „Viktoria“-Berlin hat nämlich dreieiviertel Millionen und die „Friedrich Wilhelm“-Berlin zweieiviertel Millionen solcher Polizen. Die höchsten Zahlen von sämtlichen Versicherungsarten weisen die Kinderversicherungen, wie Schulentlassungs-, Militär- und Brautausstattungsversicherung auf.

Diese Versicherungen verfolgen nach mancherlei Richtung hin einen guten Zweck. Sie geben das Mittel der Selbsthilfe, der rechtzeitigen Vorsorge anstelle des Wettens und des Vorens aus Anlaß der Erstkommunion und Konfirmation und während der Militärzeit, sowie bei der Verheiratung der Kinder. Soweit ist also die Sache an sich ganz lobenswert, wenn nicht der Pferdefuß bei den privaten Versicherungsgesellschaften, insbesondere bei den beiden vorgenannten „Viktoria“ und „Friedrich Wilhelm“ dabei herausguckte.

Nach den von Eichmann Angaben sind bei der „Viktoria“ in den letzten 3 Jahren rund 8 Millionen Mark eingezahlter Prämien verloren gegangen. 614 953 Personen liefen in demselben Zeitraum ihre Versicherungen verfallen, trotzdem seit 1910 laut Reichsgesetz jede Polize in eine sogenannte beitragsfreie Polize umgewandelt werden kann. Bei der „Friedrich Wilhelm“ betragen die verfallenen Volksversicherungen sogar in den letzten 3 Jahren 75 Prozent. Von dem Gesamtgewinn der „Viktoria“, die neben der Volksversicherung ja auch noch das sogenannte „große“ Lebensversicherungsgeschäft betreibt, entfielen in den letzten 8 Jahren 225 Millionen Mark auf die Volksversicherung oder 43 1/2 Prozent, bei der „Friedrich Wilhelm“ 142 Millionen Mark oder 51 Prozent.

Nach von Elm erhielt der Direktor der „Viktoria“ zuletzt jährlich 120 000 Mark Gehalt und 2 Prozent vom Jahresgewinn; derselbe betrug 1910 34 286 686,21 Mark, demnach betrug das Gesamtgehalt des Direktors in demselben Jahre 805 733,72 Mark und im Jahre 1912 847 731,33 Mark. Als Aktionärsdividende der „Viktoria“ gab von Elm 39 Prozent an, er wurde von der „Viktoria“ deshalb angegriffen und prüfte die Sache noch einmal nach. Hierbei machte er folgende Entdeckung. Jede Aktie der „Viktoria“ beträgt 3000 Mark, davon ist aber nur ein Fünftel, also 600 Mark, bar eingezahlt; die übrigen vier Fünftel, also 2400 Mark, werden den Aktionären vom Gewinn zugewährt, in folgender Betrag die Aktionärsdividende im Jahre 1911 nicht 13 Prozent, wie die „Viktoria“ behauptet, auch nicht 39 Prozent, wie von Elm erst behauptet hatte, sondern 65 Prozent.

Ueber die gesamte Geschäftsabrechnung der „Viktoria“ gibt nachstehende Tabelle näheren Aufschluß:

Jahr	Zantienmen an den Polizisten	Zur Tilgung des von den Aktionären nicht bar eingezahlten Stammkapitals	Dividende an die Aktionäre im ganzen	Verlust an Polizisten	Verlust an Aktionären
1904	235 228,30	150 000	400 000	570 000	285
1905	233 228,13	150 000	400 000	600 000	47 1/2
1906	231 228,07	150 000	400 000	630 000	50
1907	229 228,01	150 000	400 000	660 000	52 1/2
1908	227 227,95	150 000	400 000	690 000	55
1909	225 227,89	150 000	400 000	720 000	57 1/2
1910	223 227,83	150 000	400 000	750 000	60
1911	221 227,77	150 000	400 000	780 000	62 1/2
	463 651,21	1 200 000	4 000 000	5 400 000	65

Bei der „Friedrich Wilhelm“ betragen die Zantienmen:

Jahr	Zantienmen	Verlust an Polizisten	Verlust an Aktionären
1908	88 355	92 59	95 582
1909	106 001	110 07	114 686
1910	26 500	27 79	28 672
1911	21 000	22 000	23 000

Das A.-B. der „Friedrich Wilhelm“-Gesellschaft beträgt 6 Millionen Mark. (4000 Stück a 1500 Mark.) Auf jede Aktie ist ein Viertel, 375 Mark bar eingezahlt.

An Dividenden erhielten die Aktionäre der „Friedrich Wilhelm“:

Jahr	Summe	für jede Aktie	Prozent
1908	510 000 Mk.	127,50 Mk.	84 Prozent
1909	540 000 „	135,00 „	86 Prozent
1910	540 000 „	135,00 „	86 Prozent
1911	570 000 „	142,50 „	88 Prozent
anz.	2 160 000 Mk.		

der Barzahlung

Die Verwaltungskosten betragen bei der „Viktoria“ in den letzten 3 Jahren bei großen Lebensversicherungen 10,6 Millionen Mark oder 2,98 Prozent. Bei den Volksversicherungen hingegen 29,3 Millionen Mark oder 6,43 Prozent. Bei der „Friedrich Wilhelm“ kamen bei großen Versicherungen auf Verwaltungskosten 7,52 Prozent, bei Volksversicherungen hingegen 13,89 Prozent.

Die Versicherungsnehmer haben also für diese Zwecke in den letzten acht Jahren ihren Nutznießern die enorme Summe von 14 653 000 Mark bezahlt.

Der zu große Verfall der Polizen und die geradezu ausbeuterischen Praktiken, die der Volksversicherung im privatkapitalistischen Lager eigen sind, haben der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Sozialdemokratie Anlaß, sich dem Volke als Ketter in der Not zu zeigen und die rote „Volksfürsorge“ ab 1. Juli ds. Js. einzuführen. Von der roten Volksfürsorge und der auf gemeinsamer und nationaler Grundlage beruhenden „Deutschen Volksversicherung A.-G. Berlin“ soll in einem nächsten Artikel geredet werden.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Es würde den Tatsachen nicht entsprechen, wenn wir behaupten wollten, daß seit unserem letzten Bericht eine wesentliche Veränderung in unserem Wirtschaftsleben Platz gegriffen hätte. Meines Erachtens haben wir Ursache, diese Tatsache mit Befriedigung zu konstatieren; haben wir wirklich eine Abwärtsbewegung — und daran ist aus mancherlei Umständen kaum zu zweifeln — so vollzieht sie sich jedenfalls in mäßigem Tempo ohne krisenhafte Erscheinungen. Und das ist wohl zu beachten: ein mäßiges Tempo ist leichter aufzuhalten als ein rascher Fall, der nur mit sich selbst, was sich ihm entgegenstellt. Jedenfalls ist es ein Vorteil, daß sich die Wendung der Konjunktur im Frühjahr bemerkbar machte; hat man doch begründete Hoffnung, daß z. B. das Baugewerbe doch einigen Ausblick für manche Ausfälle auf anderem Gebiete bringt. Zwar liegt der Geldmarkt nach wie vor ungünstig, kleinere Schwankungen liegen wohl vor; aber sie vermögen das Gesamtbild nicht zu beeinflussen. Die Meinung, daß an einem Aufschwung des Baumarcktes unter den gegenwärtigen gespannten Verhältnissen nicht zu denken ist, ist zwar sehr verbreitet, darum aber nicht berechtigt. Ob der hohe Zinssfuß eine nur vorübergehende Erscheinung ist, lasse ich dahingestellt, glaube es aber kaum. Wenn es nicht der Fall ist, wird sich auch der Baumarck wohl oder übel damit abfinden müssen und sich darnach einrichten. In diesen Städten macht sich außerdem eine solche Wohnungsnot geltend, daß einfaß gebaut werden muß. Zudem greift die Gartenstadtbewegung, der Bau von Kleinhäusern sehr rasch um sich, sobald in absehbarer Zeit auch hier ein guter Abnehmer für die Industrie geschaffen ist. Sehr günstig liegen auch die Verhältnisse im Schiffbau; der natürlich für die Industrie ein sehr schätzenswerter Abnehmer ist. Man hat in früheren Zeiten oft darüber geklagt, daß das Reich und die Einzelstaaten überhaupt ihre Aufträge zu einem für die Industrie möglichst ungünstigen Zeitpunkt begeben. Immer dann traten sie mit großen Ansprüchen hervor, wenn der Auftragsbestand von der Industrie zu groß ist, daß er kaum bewältigt werden kann. Augenblicklich sieht man nun großen Bestellungen entgegen, die das Reich und Preußen für ihre Eisenbahnen machen müssen. Die in Aussicht genommene Vermehrung des Wagensparks, die sich in der letzten Krisenzeit als unabweisbar erwiesen hat, der große Bedarf an Schienen werden der Industrie reichlich Aufträge zuführen. Auch die Ausführung der Wehrvorlage wird, für manche wenigstens reichliche Arbeitsgelegenheit schaffen. Allerdings ein Auftragsgeber fällt weg. Ich habe früher schon darauf hingewiesen, daß während der verfloßenen Hochkonjunktur die Werke der schweren Industrie selbst in recht beträchtlichem Maße Bestellungen gegeben haben. Der Bau neuer Werke, die Erweiterung bestehender, gab der Industrie selbst wieder Beschäftigung. Ich habe damals auch darauf hingewiesen, daß diese Erscheinung für die Folge nicht ungefährlich sei. Wie recht ich damals hatte, zeigt sich jetzt. Die neuen Werke von Thyssen, Westfalia etc. sind eben fertig. Sie wollen sich für ihre erweiterte oder neue Produktion einen Markt schaffen, in das „Geschäft hereinkommen“. Das ist aber vielfach nur durch Preisunterbietungen möglich. Neben der Tatsache, daß nunmehr größere Aufträge aus der Industrie fließen, macht sich die Konkurrenz der vermehrten Produktionsmöglichkeit sehr unangenehm bemerkbar. Immerhin kann in den oben genannten Momenten ein Gegengewicht für diese Erscheinung gesehen werden, ob ein ganz vollwertiges ist eine andere Frage.

Deutschlands Rohproduktions ist im Mai zurückgegangen; aber nicht infolge der etwa veränderten Konjunktur, sondern durch den Ausfall, den der schlesische Kohlenarbeiterstreik gebracht hat. Sehen wir von diesem ab, so ergibt sich in den übrigen Gebieten der Metallindustrie ein recht ansehnlicher Zuwachs. Die vermehrte Kohlenförderung gerade ist es, was uns auch die Zukunft nicht so düster erscheinen läßt, wie sie vielfach hingestellt wird. Denn aus ihr kann ich auch auf die Beschäftigung der an deren Industrie schließen. Zum ersten Mal seit Januar ist in den Einnahmen der deutschen Eisenbahnen aus dem Güterverkehr eine Abminderung eingetreten. Sie sanken von 189,28 Mill. Mark im April auf 181,01 Mill. im Mai. Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres allerdings ist immerhin noch eine Erhöhung von annähernd 5 Mill. Mark zu verzeichnen. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr haben sich im Mai gegen den April um über 26 Mill. gehoben. Daß für dieses Resultat weniger die industrielle Konjunktur als das schöne Ausflugsmetter eingewirkt hat, wird wohl keines weiteren Beweises bedürfen. Die Gesamtausfuhr an Eisen zeigt im Mai einen kleinen Rückgang, doch wäre es verfrüht, daraus einen allgemeinen Schluß auf das Auslandsgegeschäft zu ziehen. Zwar ist nicht zu verlernen, daß sich hier die Lage durchweg verfinstert hat. Vielfach wurde schon darüber geklagt, daß

die Preise im Ausland niedriger seien, als im Inland. Diese Tendenz wird in ihrem ganzen Umfang erst wirksam werden, wenn die Ausfuhrvergütungen des Roheisen- und Stahlwerkverbandes durchgeföhrt sind. Das Inland wird selbstverständlich den Ausfall wenigstens zu einem Teil tragen müssen. Durch die Aufrechterhaltung der vollen Ausfuhrziffern — also der Erhaltung des ausländischen Marktes — die dadurch ermöglichte Vermeidung einer Einschränkung des Verkehrs und Entlassung von Arbeitern dürfte der Nachteil volkswirtschaftlich und sozial ausgeglichen sein. Deutschlands Roheisengewinnung weist im Mai wiederum eine Rekordziffer auf; mit 1,641 Millionen Tonnen ist die größte jemals in einem Monat produzierte Menge erreicht. Nach einem Rückgang der Konjunktur sieht es wahrlich nicht aus, zumal die Ausfuhr von Roheisen im Mai, mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres verglichen, zurückgegangen ist, also ein stärkerer Verbrauch im Inland stattgefunden haben muß. Im Juni scheint der Markt etwas ruhiger geworden zu sein, doch läßt sich darüber natürlich ein abschließendes Urteil noch nicht abgeben.

Der Verband des Stahlwerkverbandes weist im Mai eine unbedeutende Steigerung auf. Der Rückgang im April kann jedenfalls noch lange nicht als überwunden gelten. Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres ist der Verkauf zwar beträchtlich größer, doch ergibt sich dieses günstige Resultat nur aus der starken Vermehrung von Eisenbahnmaterial. In Halbzeug und noch mehr in Formeisen ist der Verkauf zurückgegangen. Damit hat der letzte Bericht des Stahlwerkverbandes, der von einem Nachlassen des Halbzeugmarktes spricht, seine Bestätigung gefunden. Daß es sich dabei nicht um ein Stimmungsmännchen handelt, wird des weiteren durch die Tatsache bewiesen, daß der Stahlwerkverband für das 3. Quartal eine Preisermäßigung des Halbzeuges von 5 Mk. eintreten ließ, daß ein Rückgang auch auf dem Halbzeugmarkt konstatieren mußte, was nach dem der Fertigfabrikate nicht mehr zweifelhaft. Das Darniederliegen oder besser die Schwächung des Formeisenmarktes ist auf die Verfassung des Baumarktes zurückzuführen. Sehr günstig liegt der Markt in Eisenbahnspezial in schwerem Oberbaumaterial. Gruben- und Hüttenmaschinen sind nach wie vor sehr lebhaft gefragt.

Die verfloßene Wirtschaftsperiode hat sich für die Kartellierung der Produkte nicht als günstig erwiesen. Die Hochkonjunktur verursachte eine starke Nachfrage auf allen Gebieten, die eine Bindung in einem Syndikat sehr unangenehm empfinden ließ. Dazu trug diese Hochkonjunktur mehr wie jede andere gerade für die Produkte der genannten Art einen Uebergangscharakter. Um die beispiellos starke Nachfrage zu befriedigen, beizien sich die Werke, ihre Produktionskapazität zu erhöhen — wenn einmal ein großes Werk aber in dieser Richtung vorgegangen war, folgten die andern, um nicht zurückzubleiben. So war es in Stabeisen, so war es in Gasöhren. Bei beiden bestand auch zu Anfang der Hochkonjunkturperiode eine Preiskonvention, die aber sofort bei dem starken Anziehen des Marktes zu existieren aufhörte, nachdem ihre Wirkung schon während ihres Bestehens sich in der Hauptsache darin gezeigt hatte, daß ihre Preisfestsetzungen nicht eingehalten wurden. In der Gasöhrenindustrie trugen die Mannesmannwerke die Schuld an der Auflösung der Konvention. Die Preise erreichten nun trotz der dauernden starken Nachfrage einen Tiefstand, der ein rentables Arbeiten nur schwer ermöglichte. Nachdem nun Mannesmann seinen Zweck erreicht hatte — die Vermehrung seiner eigenen Produktion und die Gewinnung des Marktes — hatte er allein Interesse, den Markt in einem so desolaten Zustand zu erhalten. Um eine Besserung der Preise zu erzielen, gründete er eine Verkaufsbereinigung mit den Wittener Stahlröhrenwerken, Walle-Tellerling u. Co. Man weiß, daß im ferneren Verlauf der Bewegung eine Lose Preiskonvention zustande kam. Trotz der engen Verbindung ergab sie eine wesentliche Preisbesserung. Aber die Konvention in eine festere Organisation — zu einem Syndikat — umzuwandeln, gelang nicht. Thyssen und Gelsenkirchen, die ebenfalls ihre Produktionsmöglichkeiten stark vermehrt hatten, forderten Quoten in einer Höhe, die nicht bewilligt wurden. Infolgedessen gründeten Thyssen, Gelsenkirchen und Hahn ihrerseits eine Vereinigung, die nun in Konkurrenz mit der Gruppe um Mannesmann steht. Für den Verbraucher ist diese Entwicklung natürlich angenehm, ob aber die Freude von langer Dauer sein wird, ist eine andere Frage. Zweifellos wird die Möglichkeit der Syndizierung durch das alleinige Bestehen zweier mächtiger Gruppen gefördert, denn eine richtige Vorarbeit ist damit geleistet. Die schwächere Konjunktur auch in der Hüttenindustrie wird zweifellos zu einer Annäherung der beiden Gruppen führen.

Mit der Syndizierung des Stabeisens scheint man auf 1. Januar nächsten Jahres rechnen zu können. Die Werke haben den Verkauf über diese Zeit ausgesetzt. Das Syndikat ist zunächst für das Inland geplant, der Export soll kontingentiert werden und eine Unterstützung durch eine Abgabe erhalten. Daß sich die größten Werke, Thyssen und Gelsenkirchen um die Syndizierung bemühen, darf schon etwas optimistisch stimmen; durchaus verfehlt wäre es aber, deshalb die großen Schwierigkeiten zu übersehen, die sich ihr entgegenstellen. Deren größte ist unstreitig die Quotenfrage, und die soll bisher noch nicht erörtert worden sein. Die Lage am Stabeisenmarkt hat sich in den letzten Tagen eigenartig auffallend gebessert; die Preise sind nicht nur nicht weiter zurückgegangen, sondern konnten sich zum Teil sogar etwas erholen. Ob diese Besserung von Dauer ist, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Jedenfalls steht die plötzlich vermehrte Nachfrage nicht außer jedem Zusammenhang mit den Syndizierungsbestrebungen. Ihr tatsächlicher Erfolg wäre natürlich gleichbedeutend mit einer Preisermäßigung. Um dieser zu entgehen, versorgen sich viele Verbraucher schon jetzt.

Großes Interesse darf die Nachricht beanspruchen, daß der Generaldirektor des Stahlwerkverbandes in London war, wo eine mehrtagige Beratung mit internationalen Stahlproduzenten stattgefunden hat. Was im Einzelnen Gegenstand der Beratung war, wurde nicht offenbart, doch verlautete, daß man sich mit der Vertreibung des Weltbedarfes auf die sich produzierenden Länder befaßte; das wäre natürlich auch für unsere Industrie von der allergrößten Bedeutung. Im übrigen habe ich die nationalen Kartelle hier schon des öfteren gewürdigt.

Der Arbeiter hat das allergrößte Interesse an der Gestaltung der Konjunktur; seine Pflicht ist es daher, sich über sie zu vergewissern und rasch zu handeln. Ein Resignismus wäre gerade jetzt durchaus unangebracht und noch

lange nicht durch Tatsachen gerechtfertigt. Mag die Konjunktur auch etwas zurückgehen, die Hauptsache ist aber das Fehlen jeder krisenhaften Erscheinung. Eine Entspannung der Verhältnisse kann sogar sozial und volkswirtschaftlich nützlich wirken.

Um weitere Gewerbegerichte in Lothringen

zu erlangen, haben die in Lothringen vertretenen Verbände der christlichen Gewerkschaften eine Eingabe an das Ministerium gerichtet, in der sie daselbst bitten:

a) von der ihm in § 1, Abs. V des Reichsgewerbegerichtsgesetzes vom 29. September 1901 gegebenen Befugnis Gebrauch zu machen und verfügen, daß ab 1. Januar 1914 drei Gewerbegerichte in Lothringen errichtet werden und zwar eines mit dem Sitz in Diederhofen, das berufslich für alle Arbeiter und örtlich für den ganzen politischen Wahlkreis zuständig ist. Ein zweites mit dem Sitz in Saargemünd, das berufslich gleichfalls für alle Arbeiter und örtlich für den ganzen politischen Wahlkreis Saargemünd und eines Teiles desjenigen von Saarburg zuständig sein soll und ferner neben diesem Gericht noch zwei Spruchkammern und zwar eine in Forbach und eine weitere für Saarburg gebildet werde.

b) Den örtlichen Wirkungsbereich des neu zu errichtenden Gewerbegerichts in Metz, das gemäß § 2 des Reichsgewerbegerichtsgesetzes für Metz bestehen muß, weil es bei der letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner hatte, für den ganzen politischen Kreis und eines Teiles des politischen Kreises Saarburg, soweit er dem Gewerbegericht Saargemünd nicht zugeteilt werden kann, ausdehnen.

c) Die Verhältniswahl für die Wahl der Vertreter der Arbeiter statutarisch einführen und

d) durch Statut festlegen lassen, daß für die einzelnen gewerblichen Gruppen entsprechend der Zahl der in diesen Gewerben beschäftigten Arbeiter auch die Vertreter zu den Gewerbegerichten entnommen werden.

Begründung:

Zu a und b. Laut Gesetzblatt für Elsaß-Lothringen Nr. 3 werden gemäß Kaiserlicher Verordnung sämtliche in Elsaß-Lothringen bestehenden Gewerbegerichte, soweit sie auf Grund des § 45 des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte vom 23. März 1880 errichtet wurden, ab 1. Januar 1914 aufgehoben. Gleichzeitig soll auch das Landesgewerbegerichtsgesetz vom 26. März 1880 seine Rechtswirksamkeit verlieren, und an dessen Stelle das Reichsgewerbegerichtsgesetz vom 29. September 1901 treten.

Da gemäß § 2 des Reichsgewerbegerichtsgesetzes für Gemeinden, welche nach der jeweiligen letzten Volkszählung mehr als 20 000 Einwohner haben, ein Gewerbegericht errichtet werden muß, so würde, wenn seitens der Gemeinden lediglich diesen Vorschriften entsprochen würde, nur ein Gewerbegericht zu errichten sein, dessen örtlicher Wirkungsbereich auf die Stadt Metz beschränkt bliebe.

Da aber nach den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1911 (für 1912 liegen amtliche Berichte außer über die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter noch nicht vor) 86 994 gewerbliche Arbeiter beschäftigt waren, deren Zahl sich rasch vermehrt (im Vergleich mit 1912 gegenüber 1911 allein 10,65 Prozent), so ist ein Bedürfnis für die Errichtung der gewünschten Gewerbegerichte vorhanden. Es kämen somit auf ein Gewerbegericht, wie sie beantragt werden, immerhin etwa 30 000 Arbeiter, während der Gesetzgeber bereits für Städte mit 20 000 Einwohnern die Errichtung eines Gewerbegerichtes für notwendig erachtet.

Die Zahl der bei den Gewerbeaufsichtsbeamten eingereichten Beschwerden und die an den ordentlichen Gerichten anhängig gemachten Klagen können als Maßstab für die Beurteilung der Bedürfnisfrage nicht gelten. In den meisten Fällen sehen die Arbeiter, auch wenn sie sich im Recht glauben, von der Erhebung einer Klage ab, weil der etwa einzulagende Betrag in keinem Verhältnis zu den Kosten steht. Die etwaige Gewährung des Armenrechtes ist für die Durchführung der Klagen von untergeordneter Bedeutung, weil dieses nur gewährt wird, wenn neben dem Nachweis, daß ein Kläger außerstande ist, ohne das für ihn und seine Familie notwendigen Unterhaltes die Kosten des Prozesses bestreiten zu können und die beabsichtigte Rechtsverfolgung nicht ausichtslos erscheint (§ 114 B. P. O.) Beim Verlieren der Klage hat der Kläger immerhin die Kosten der Gegenpartei zu tragen (§ 123 B. P. O.), und können von ihr selbst, sobald sie ohne Beeinträchtigung des für seine Familie notwendigen Unterhaltes dazu imstande ist, die bisher entstandenen Kosten auch später beigetrieben werden (§ 125 B. P. O.) Die durchweg sehr vermögenden Arbeitgeber brauchen vor etwaigen Kosten, die durch Klagen an den ordentlichen Gerichten entstehen, nicht zurückzuschrecken. Für sie ist nicht selten die Kostenfrage Nebensache. Auch fehlt es bei den ordentlichen Gerichten an sachmännlichen Beisitzern. Vor Amtsgerichten entscheidet der Amtsrichter in der Regel ohne Beisitzer. Gründe, wie die Tätigkeit der Amts- und Landgerichte würde durch die Errichtung der Gewerbegerichte beeinträchtigt oder der Frieden zwischen Arbeitgeber und -nehmer würde gestört, können für die Ablehnung der Bitte auf Errichtung der Gewerbegerichte nicht ausschlaggebend sein, denn mit demselben Rechte könnte man die Beseitigung des Gerichtsverfahrens in der Reichsversicherungsordnung verlangen, das zudem für den Staat und die Versicherungsträger viel kostspieliger ist.

Wenn wir beantragen, daß in Diederhofen ein Gewerbegericht mit der angebotenen örtlichen und berufslichen Zuständigkeit errichtet werden soll, so können für dieses etwa 50 000 gewerbliche Arbeiter in Frage. Bei reger Inanspruchnahme beschließen könnte außerhalb Diederhofens erwogen werden. Vielleicht wäre zu prüfen, ob nicht das Ornetal, soweit es zu dem Kreise Diederhofen-West gehört, dem Metzger Gewerbegericht zugeteilt werden könnte. Wenn für Saargemünd die Bildung von 2 Spruchkammern gewünscht wird, so geschieht das mehr mit Rücksicht auf die geographisch ungünstige Lage von Saargemünd. Das eigentliche Bergbaugebiet, in dem z. B. über 16 000 Arbeiter beschäftigt werden, liegt weit von Saargemünd, ebenso Saarburg.

Daß sich die Arbeitnehmer an die einzelnen Gemeinden wenden, um die Errichtung von Gewerbegerichten zu erbitten, dürfte ausichtslos sein, nachdem die Regierung von den Gemeindeverwaltungen ablehnend bejehoben wurde. Ohne Zwangsmaßnahmen seitens der Regierung, die zu ergreifen sie in der Lage ist, wird die Frage der Schaffung von Gewerbe-

gerichten nicht in einer für die Arbeitnehmer befriedigenden Weise gelöst.

Zu c. Gemäß § 15 Absatz 1 des Reichsgewerbegerichtsgesetzes ist die Möglichkeit der Einführung der Verhältniswahl für die Wahl der Vertreter an den Gewerbegerichten durch Statut gegeben. Um auch Minderheiten zu einer Vertretung zu verhelfen, ist die statutarische Festlegung derselben bringend zu wünschen. Für sämtliche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu tätigen Wahlen der Vertreter der Versicherorten (§ 15 B. P. O.) ist sie mit Ausnahme derselben in den Generalversammlungen der Knappschaftskassen (§ 501) zwingend.

Zu d. Da die Gründung eines besonderen Vergewerbegerichtes für Lothringen nicht beantragt wird, trotzdem die Zahl der beschäftigten Vergewerbeiter über ein Drittel der gesamten gewerblichen Arbeiter beträgt, ist zu empfehlen, daß die Wahl der Vertreter an den Gewerbegerichten so geordnet wird, daß aus dem Bergbau eine bestimmte Anzahl Vertreter entnommen werden muß, die bei Spruchsachen aus demselben zu den Sitzungen heranzuziehen wären. Die Möglichkeit hierfür ist in § 15 Absatz 1 des Gewerbegerichtsgesetzes gegeben. In ähnlicher Weise wird auch bei Spruchsachen aus der Reichsversicherungsordnung vor den Oberversicherungsämtern verfahren, wo gemäß § 7 des Unfallversicherungsstatutes und jetzt § 1685 B. P. O. die Vertreter aus den Angehörigen der Bergbaubetriebe genommen werden müssen, wenn es sich um Unfälle aus solchen handelt.

Der Krefelder Färberstreik zusammengebrochen.

Selten erlitt eine Organisation eine herart gekündigte Niederlage, wie der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in der Krefelder Färberbewegung. Es verlöhnt sich, auf den Verlauf dieser Bewegung einen kurzen Rückblick zu werfen.

Die Färberbesitzer hatten bekanntlich nach dreitägigem Streik Lohn erhöhungen im Gesamtwert von 250 000 Mark pro Jahr, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche bewilligt. Für den einzelnen Färber machte die Aufbesserung innerhalb der Vertragsdauer 273,50 Mark aus. Auch in der strittigen Frage des Wloafstermins kamen die Unternehmer entgegen. Damit war, nach Ansicht des christlichen Textilarbeiterverbandes, ein ehrenvoller Abschluß möglich. Die verbleibenden Forderungen vermochten die Aufnahme der angebotenen Gesamtansparung nicht zu rechtfertigen.

Die Fortführung des Kampfes bot auch keine Aussicht auf Erfolg; im günstigsten Fall konnte dieser nach einer Neuierung des sozialdemokratischen Beamten Brettschneider nur unwesentlich sein. Die Unternehmer betrachteten, nach dem ihre letzten Zugeständnisse ablehnenden sozialdemokratischen Ultimatum vom 27. Februar, den Kampf als grundsätzlichen, als Machtkampf. Der Arbeitgeberverband hat sich dementsprechend wiederholt, am 31. März selbst öffentlich dahingehend festgelegt, daß an weitere Zugeständnisse nicht zu denken sei.

Allen Vernunftgründen zum Trotz entschied sich die sozialdemokratische Verbandsleitung für die Fortführung des Kampfes. Sie kapituliert vor dem Realitätsismus und den anarchoiden sozialistischen Ideen der Färber. Geleitet wurde sie hierbei von dem Bestreben, den christlichen Verband „bluten“ zu lassen und ihn in seinen Domänen aktionsunfähig zu machen. Von dem Gesichtspunkt aus ist es auch zu verstehen, warum die sozialdemokratische Verbandsleitung vorerst nichts gegen die Vertreibung von Streikarbeit im Wuppertal unternahm.

All die angeführten Momente zwangen die christliche Verbandsleitung zu entschlossenem Handeln. Im Einverständnis mit den christlich organisierten Färbern beschloß sie, den Kampf abzubrechen. Damit bewirkte sie die Aufhebung der Sperre. Dem nun einsehenden roten Terror zum Trotz folgte ein großer Teil der christlichen Färber der Verbandsparole. Den Arbeitgebern gelang es außerdem, Arbeitswillige von auswärts und aus den Kreisen der sozialdemokratisch organisierten Färber heranzuziehen.

Der weitere Verlauf des Kampfes zeichnete sich aus durch ein wüßtes Gejähne auf den christlichen Verband. Die Arbeitsaufnahme durch die „paar Christlichen“ wurde als bedeutungslos hingestellt und den Arbeitern nach wie vor der Sieg an die Wand gemalt.

Jetzt beklammerten sich die Genossen auch etwas mehr um die Vertreibung von Streikarbeit. Die Wuppertaler Färber beschloßen zunächst, nur noch eine Ueberstunde zu machen, und nach einem Miß Mai ausgebrochenen Streik faßten sie endlich den Beschluß, Ueberstunden ganz zu verweigern, und zwar aus Solidarität mit den Krefelder Färbern. Darin liegt das Eingeständnis, daß Streikarbeit verrichtet wurde.

Selbst internationale Maßnahmen ergriff der rote Verband. In Basel und Zürich wurden Sympathiestreiks inszeniert. Auch in Lyon (Frankreich) und Genua (Italien) suchte man die Färber mobil zu machen. All diese Maßnahmen kamen aber zu spät. Sie waren ein Akt der Verzweiflung. Den Zusammenbruch der Krefelder Bewegung vermochten sie nicht aufzuhalten. Im Gegenteil, sie gestalteten das Prestige des sozialdemokratischen Verbandes erst recht zu einem gründlichen.

Zuerst kam die Niederlage im Wuppertal. Hier waren die Färber schon Mitte Mai in Streik getreten. Auf das Versprechen der Unternehmer hin, spätestens ab 1. August den Lohn zu erhöhen und von Ueberstunden abzusehen, nahmen sie die Arbeit wieder auf. Der mittlerweile wegen Einführung des Prämienstems ausgebrochene Streik der Riemenbreher wurde von der sozialdemokratischen Verbandsleitung rücksichtslos abgewürgt. Am 9. Juni traten die Färber neuerdings in Streik. Durch diesen dachte man einen Druck auf die Krefelder Unternehmer auszuüben, auch stellte man neue weitergehende Lohnforderungen. Nach 14tägiger Dauer brach dieser Streik zusammen. Ueber dessen Ende berichtete der Oberfelder-Bärmer Generalanzeiger (Nr. 141):

Fregend welche Zugeständnisse haben die Ausständigen nicht erzielt. . . . Die Beschränkungen, die den Färberbesitzern wegen der Vertreibung von Streikarbeit vor dem Ausstand im Wuppertal auferlegt worden waren, sind fallen gelassen worden. 2 Die Färberbesitzer haben mithin völlig freie Hand hinsichtlich der Ausführung von Streikarbeit. Auch ist es ihrer Entscheidung überlassen worden, welche Arbeiter sie wieder einstellen wollen. Die Einstellung erfolgt nur nach Bedarf.

Mit dieser Niederlage des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes ist auch das Schicksal des Färberstreiks in Basel und Zürich beendet. Die dortigen Arbeiter sollten für

den deutschen sozialdemokratischen Verband den Retter in der Not spielen. Zum Dank dafür fallen ihnen die Wuppertaler Hüttenbesitzer durch Verhinderung der Streikarbeit in den Rücken. Damit sind ihre ohnehin nur recht geringen Aussichten auf einen materiellen Erfolg vollends auf den Gefrierpunkt gesunken. Die Niederlage ist unausbleiblich.

Dazu kommt das Riesenskallo in Krefeld. Noch warte der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes den Sieg an die Wand; im selben Moment aber waren die beiden Verbandsvorstände Hübisch und Köffel damit beschäftigt, den Krefelder Hüttenbesitzern die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit schmackhaft zu machen. Ohne eine Spur von Erfolg wurde der Kampf abgebrochen. Einzelne mußten die Arbeiter um Arbeit fragen und einzeln den Tarif unterzeichnen. Hunderte bleiben auf der Straße, weil ihre Stellen besetzt oder sie infolge mangelhafter Einrichtungen Arbeitslos sind. Auch hat der sozialdemokratische Verband nahezu eine Million Mark Verbandsgehalt verbraucht. Nicht zu vergessen sind die schweren Schläge, die der sozialdemokratische Verband durch seine unvernünftige Taktik dem Organisations- und Tarifgebankten versetzt hat.

Das ist das traurige Ende dieses sozialdemokratischen Hüttenstreiks. Mit Recht bezeichnet die „Soz. Praxis“ dieses Ende als eine furchtbare Niederlage der Streikenden. „Es wäre klüger gewesen“, meint sie, „den kostspieligen Kampf rechtzeitig abzubrechen und die weitgehenden Zugeständnisse der Arbeitgeber anzunehmen, ohne einer Taube auf dem Dache nachzugehen.“ Ganz unsere Meinung. Bei der sozialdemokratischen Verbandsleitung siegte aber der Haß gegen die christliche Konkurrenzorganisation über die Vernunft. Soffentlich wird ihr diese Bewegung eine, wenn auch bittere, so doch heilsame Lehre sein

Allgemeine Rundschau. Gewerbegerichtliches.

Dürfen Arbeitgeber Arbeitern, die ihre Kündigung eingereicht haben, andere Beschäftigung anweisen, um diese am Arbeitslohn zu schädigen? Bei dem Hagener Gußstahlwerk wurde Arbeitern, die gekündigt hatten, von den Vorgesetzten (mit oder ohne Zustimmung der Direktion, ist nicht festgestellt), andere schlechter bezahlte Arbeit angewiesen. Der Kollege M. hatte gekündigt. Sofort wurde er zum Plazarbeiter „degradiert“. Der Lohnverlust betrug pro Stunde 8 Pfg. und ein Prämienverlust von 3 Mk. für 14 Tage. M. klagte auf Auszahlung des zu wenig verdienten Lohnes. Das Gewerbegericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Anweisung anderer Beschäftigung mit Lohnverlust während der Kündigungszeit nicht zulässig sei und beurteilte die beklagte Firma kostenpflichtig, dem Kläger die Differenz zwischen dem früheren und dem Verdienst während der Kündigungszeit zu ersetzen. Die Arbeiterschaft tut gut daran, sich derartige Urteile zu merken, denn solche Fälle stehen nicht vereinzelt da.

Die Wahlen der Versicherungsbeisitzer.

bei den Versicherungs- und Oberversicherungsämtern. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten bestimmt, daß die Amtsdauer der Versicherungsbeisitzer bei den bisherigen „Unteren Verwaltungsbehörden“ und den „Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung“ bereits mit dem 1. Januar 1914 (also nicht mit Ende 1914) ablaufen soll. Bezweckt wird damit die Gleichmäßigkeit der Wahlzeiten. Sodann hat der Reichsanwalt bereits am 25. November 1911 bestimmt, daß die Amtsdauer der Vertreter der Arbeitgeber und die der Versicherer in den Ausschüssen der Versicherungsanstalten, die ja bekanntlich von den Versicherungsbeisitzern bei den Versicherungsämtern zu wählen sind, am 31. Dezember 1913 ihr Ende findet. Bekanntlich wählen die Krankenkassenverbände die Versicherungsbeisitzer bei den Versicherungsämtern. Um auch den der Krankenversicherungspflichtigen neu unterstellten Personen die Beteiligung an der Wahl zu sichern, sind die Wahlen zum Vorstande der Krankenkassen nach der Verhältniswahl, soweit es sich nicht um zugelassene besondere Ortskrankenkassen, Betriebs- und Innungsfrankenkassen handelt, spätestens in der ersten Hälfte des Monats November zu bewirken. Die Wahlen zu den Ausschüssen der Allgemeinen Ortskrankenkassen werden also wohl bereits im Monat Oktober d. J. angeordnet werden. Die Wahlen der Versicherungsbeisitzer bei den Versicherungsämtern sollen, nach der Bestimmung des Ministers, spätestens in der zweiten Hälfte des November (für die Folge im Novembermonat, der dem Ablauf der vierjährigen Wahlperiode vorangeht) vorgenommen werden. Die Wahlen der Beisitzer zu den Oberversicherungsämtern sollen im Monat Dezember d. J. stattfinden. Allen Krankenkassenvorstandsmitgliedern muß rechtzeitig eine Bescheidurkunde zur Wahl der Versicherungsbeisitzer zur Verfügung gestellt werden, ebenso muß den Versicherungsbeisitzern eine Wahlordnung zu den Wahlen der Beisitzer am Oberversicherungsamt und für die Wahlen der Ausschussmitglieder der Invaliden-Versicherungsanstalt ausgehändigt werden. Die Wahlordnungen erlassen die Regierungs- bzw. Oberpräsidenten.

Der Wahltermin rückt also immer näher. Von der größten Bedeutung sind zunächst die, höchstwahrscheinlich bereits im Oktober stattfindenden Wahlen der Allgemeinen Ortskrankenkassen. Diese bilden das Fundament, worauf sich alles andere aufbaut. Darum ergeht erneut die Mahnung an die Kartelle und Zahlstellen, die Wahlen auf der ganzen Linie gut vorzubereiten.

Die deutsche Volksversicherung.

Durch Senatbeschluss des Kaiserlichen Justizsamtes für Privatversicherung vom 20. Juni ist der „Deutschen Volksversicherung A.-G.“ der Geschäftsbetrieb für das Deutsche Reich und die deutschen Kolonien genehmigt worden. Die Gesellschaft, auf die wir bereits mehrfach hingewiesen haben, wird nunmehr, wie wir hören, den Betrieb der Volksversicherung in Kürze aufnehmen. Damit tritt eine Einrichtung ins Leben, die sich im Laufe der letzten Jahre mehr und mehr als eine Notwendigkeit erwiesen hat. Wollte man die kleine Lebensversicherung, die für die breitesten Massen des Volkes, für die vom Leben weniger begünstigten Schichten bestimmt ist, wirklich allen zugänglich machen, denen sie zu nütze kommen mußte und sollte, so war es erforderlich, sie von den Mängeln zu befreien, die ihr bislang noch anhaften, und sie zu einer wahrhaft gemeinnützigen Einrichtung zu machen. Das ist nunmehr geschehen: „Die Deutsche Volksversicherung A.-G.“, ein gemeinnütziges Unternehmen auf breiter Grundlage wird die Lücke ausfüllen, die hier noch klaffte, und sie wird die Ergänzung der staatlichen Fürsorge für die arbeitenden Stände bringen, die uns noch fehlte.

Die Tatsache, daß die „Deutsche Volksversicherung“ am 20. Juni die staatliche Genehmigung gefunden hat, ruft einen Vorfall ins Gedächtnis zurück, der es verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Es ist unseren Lesern bekannt, daß von Seiten der „Deutschen Volksversicherung“ der Versuch gemacht wird, die „Deutsche Volksversicherung“ auf der nunmehr zur Tat gewordenen Grundlage in der öffentlichen Meinung herunterzuziehen und sie als ungeeignet zur Erfüllung ihrer großen Aufgaben hinzustellen. Die „Deutschen Volksversicherung“ wollten ihrerseits eine solche Versicherung ins Leben rufen und sie haben sich, allerdings ohne wirklichen Erfolg, um die Gunst der Kreise bemüht, mit denen auch die „Deutsche Volksversicherung“ arbeitet. Auf allen Tagungen der großen Arbeiterorganisationen und anderen allgemeinen Verbänden haben sie die Zweckmäßigkeit ihrer beabsichtigten eigenen Einrichtung aufs höchste gepriesen. Man könnte ihnen das an sich kaum verübeln, wenn sie sich dabei wenigstens an die Tatsachen gehalten und vor allem Abstand genommen hätten, Einwirkungen zu verüben, die ihrer Aufgabe im Wirtschaftsleben unserer Zeit stets und mit Erfolg nachgekommen sind. Was aber soll man davon halten, wenn auf der Delegierten-Versammlung des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine die am 15. Mai in Bromberg stattfand, der Obersekretär A. D. von Hein gegen das Reichsamt des Innern, dem bekanntlich das Aufsichtsamt für Privatversicherung als Abteilung anhängt, den allerdinglich sehr vorichtig gehaltenen und art umschriebenen Vorwurf erhob, es sei wenigstens der öffentlichen Meinung nach, eine „Zentralstelle zur Förderung der Sozialdemokratie“. Es sei daher kaum zu erwarten, daß die „Deutsche Volksversicherung“, die doch gerade dazu berufen ist, der sozialdemokratischen, von Volksgenossen losgerissenen „Volksschlange“ entgegen zu arbeiten, bereits am 1. Juli ihren Betrieb aufnehmen können, denn sie werde bis dahin wohl kaum die Genehmigung erhalten. Darüber könne es Oktober werden.

Die Tatsachen haben diese Worte widerlegt, aber sie sind immerhin bezeichnend für den Geist, der im Lager der Freunde der „Deutschen Volksversicherung“ herrscht, und sie lassen vor allen Dingen mit erschütternder Deutlichkeit erkennen, wie wenig Verständnis man hier für die große soziale Arbeit hat, die im Reichsamt des Innern bisher unter Zustimmung aller nationalen Arbeitervereinigungen geleistet worden ist.

Die angeblich neutralen sozialdemokratischen Konsumvereine.

Es ist oft durch die Tatsachen bewiesen worden, daß die der Hamburger Großenkaufmannschaft angeschlossen Konsumvereine im sozialdemokratischen Fahrwasser segeln. Neuerdings hat sich in Hannover ein Fall ereignet, der wiederum mit aller Deutlichkeit beweist, daß diese Konsumvereine nur sozialdemokratische Filialen sind. Der hannoversche Konsumverein kam in Hannover-Wülke eine große Genossenschaftsbäckerei, die von dem Bauunternehmer Stille errichtet wird. Stille hatte die Ausschachtungsarbeiten einem Schachtmeister übergeben, bei dem auch ein christlich organisierter Bauarbeiter in Arbeit stand. Am 7. Juni mußte der Schachtmeister durch christlich organisierten Arbeiter auf Geheiß des Bauunternehmers Stille entlassen, weil bei dem Bau der Genossenschaftsbäckerei nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürften. Dem betreffenden Arbeiter wurde von dem Schachtmeister schriftlich bestätigt, daß nur seine Zugehörigkeit zum christlichen Bauarbeiterverband der Grund zur Entlassung gewesen sei.

Nun war der entlassene Arbeiter aber auch selbst schon 7 Jahre Mitglied des in Rede stehenden Konsumvereins — weil er immer noch an dessen Neutralität geglaubt hatte — und bekehrte er sich deshalb über die Entlassung bei dem Geschäftsführer des Konsumvereins, Herrn Rolke. Der Geschäftsführer erklärte aber ganz kalblütig, daß bei dem Neubau der Genossenschaftsbäckerei nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter beschäftigt würden. Trotzdem der christlich organisierte Arbeiter selber dem Konsumverein angehört, war für ihn keine Arbeit vorhanden, weil er eben nicht sozialdemokratisch organisiert war!

Welches Geschrei würden die Genossen hin und her erheben, wenn der Staat über die Städte bei der Vergabung von Arbeiten sozialdemokratisch organisierte Arbeiter ausschließen würde?

Die nichtsozialdemokratisch gestimmten Arbeiter ersehen aus diesem Vorgang immer mehr, daß nur eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung dem Einzelnen Schutz und Rückhalt gegenüber sozialdemokratischer Bergewaltigung gewähren kann.

Sozialdemokratische Schwindelereien über den Streik der Lederarbeiter in Ahns.

Den musterhaft geführten und nunmehr abgebrochenen Streik der christlichen Lederarbeiter in Ahns benutzte die sozialdemokratische Presse, um wieder einmal die Schandlügen der eigenen Genossen zu verdecken und den christlichen Lederarbeiterverband zu verächtigen. Natürlich ist die Mehrzahl der „Christlichen“ stehen geblieben, so orakelt die Genossenschaftspreise. Tatsache aber ist, daß gerade beim Streik in Ahns die sozialdemokratischen Lederarbeiter stehen geblieben und Streikbruch verübten. Die Vereinigung für „Brüderlichkeit“ hat sogar ob dieser Selbsttat die Billigung ihres Zentralvorstandes erhalten.

Tatsache ist ferner, daß die von auswärts zugezogenen Streikbrecher laut eigenem Geständnis aufgeklärte „Genossen“ waren, die überall predigten, sie würden den Streik der Christlichen kaputt machen. Und über diese Streikbrecher deutet die sozialdemokratische Presse ihre schützenden Fittiche. Dies Verhalten zeigt die sogenannte „Arbeiterfreundlichkeit“ in trügerischer Beseelung. Offensbare Unwahrheit ist es, wenn die rote Presse ihren „Gläubigen“ vorwirft, daß von 300 Beschäftigten in der Fabrik 120 stehen geblieben wären. Tatsache ist, daß zunächst 180 Mann in Streik traten, — 26 Arbeiter der Nieborger Fabrik streikten schon eher —, dazu kamen 29 Stepperinnen. Am Streik nahmen also nach Adam Riese 235 Beschäftigte teil, und nicht nur 180.

Aber die rote Presse erzählte noch mehr Annemärchen. Der Streik sei aus Mangel an Geldmitteln zusammengebrochen. Auch das ist gelogen. Der Streik kostete wöchentlich rund 2500 Mk. in seiner zehnwöchentlichen Dauer, also zehnmal 2500 Mk. Der christliche Lederarbeiterverband besaß am Schluss des 1. Quartals ein Vermögen von rund 100 000 Mk. Also wegen Geldmangel brauchte der Streik nicht beendet zu werden. Er mußte beendet werden, weil die rote Streikbrechertruppe in hellen Haufen nach Ahns zog. Von den

Christlichen ist aber auch nicht ein einziger Streikbrecher geworden.

Die sozialdemokratischen Zeitungen haben also kräftig gestunken und ihre Genossen gehörig angeschwindelt. Als Gegenstück zu dem roten Schwindel seien einige Streiks der Hüttenbesitzer angeführt. Der sozialdemokratische Schuhmacherverband mußte bei der Wermelskirchener Bewegung 1911 seine sämtlichen Forderungen zurückziehen, und war herzlich froh, daß seine Mitglieder die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen konnten. Maßregelungen gab es gleichfalls in Mass und zum Schluß einen Verlust von mehr als 200 Mitgliedern.

In Heddingen inszenierte der gleiche Verband im Herbst 1911 eine Bewegung mit dem Erfolg, daß ein Teil seiner Mitglieder die beschlossene Kündigung gar nicht einreichte und von denen, die kündigten, zirka 50 Prozent stehen geblieben, also Streikbrecher wurden. Nach 14 Tagen brach der Streik jämmerlich zusammen und Duzende wurden gemäß regelt. Diese famose Solidarität und Streikakt hat bei den roten Verbandsmitgliedern durch eine Massenflucht aus dem Verbande beantwortet, so daß von den ehemals rund 300 Mitgliedern heute kaum mehr 10 übrig sind.

Ferner der Streik bei der Daffia in Offenbach? Der Streik mußte nach zehntägiger Dauer vollkommen reultatlos abgebrochen werden, nachdem vorher einige Duzende sozialdemokratische Streikbrecher zu verzeichnen waren. Von den 150 zurzeit am Ausstand Beteiligten wurde kaum ein Duzend wieder eingestellt, heute noch laufen zirka hundert ohne Arbeit herum, die Unterstützung des Verbandes ist ihnen entzogen worden. Wir sehen also, die sozialdemokratische Presse hat keinerlei Ursache, andere schlecht zu machen, sie soll vor ihrer eigenen Lüge kehren und da Betrachtungen über verloren gegangene Streiks anstellen. Zu tun bleibt ihnen da gerade genug.

„Metallarbeiterzeitung“ und Hauptmannrummel.

Bekanntlich ist das von Gerhardt Hauptmann „gebichtete“ Festspiel zur Jahrhundertfeier als eine Verhöhnung der großen Erbesunzeit von der deutschen Presse, mit Ausnahme des Teiles, der immer an der eren Ansicht ist, abgelehnt worden. Die sozialdemokratische „Metallarbeiterzeitung“ befindet sich ebenfalls im Konzern der „Hauptmann-Verhimmel“. Ausgerechnet in ihrem Bericht von der Breslauer Generalversammlung des sozialdemokratischen Verbandes stimmt sie Lobeshymnen an auf den durchgefallenen Dichter. In Nr. 26 spricht sie ihre hohe Befriedigung über das Werk und die Ausführung aus. Zum Schluß heißt es voll Pathos: „Sut ab vor Gerhardt Hauptmann, dem Dichter, der zu gewissenhaft war, seine Überzeugung und die historische Wahrheit der für allein echt patriotisch erachteten Hohenzollerntende zum Opfer zu bringen.“

Wesentlich anderer Meinung wie die Metallarbeiterzeitung ist das „wissenschaftliche“ Organ der deutschen Sozialdemokraten, die „Neue Zeit“. In Nr. 39 schreibt Franz Mehring u. a. über Hauptmann und seine „Dichtung“: „Im allgemeinen ist das Festspiel ein . . . graufiges Sammelsurium von sozialdemokratischen geschichtsphilosophischen Gezebe über die Jahrzehnte von der französischen Revolution bis zur Schlacht bei Waterloo. . . Die Völkerringe dieses Zeitraumes werden im Stille des Kasperletheaters behauptet, ohne Weisheit, wie ohne Witz.“

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ ist auch anderer Auffassung und urteilt über das „Festspiel“ noch schärfer:

„Sein (Hauptmanns) Werk ist ein fast und kraftloses, literarisch ausgeklügeltes Puppenpiel, in dem von historischem Geist wenig und von dem Fühlen des Volkes keine Spur ist. . . Er behandelt diesen Stoff aus der Kinder-Stubenperspektive mit Biepmaschlaglichkeit und Spielerei.“

Es ist allerliebste anzusehen, wie die Metallarbeiterzeitung sich ebenso „schweißwedelnd“, wie S. Heine sagt, vor Gerhardt Hauptmann „verbeugt“ wie das auch die Berliner „Kapitalistenblätter“ getan haben. Das geschah natürlich aus echt „proletarischem Gefühl“ heraus, wie es natürlich auch keinen „wichtigeren“ Anknüpfungspunkt für das Stimmungsbild vom Breslauer Verbandstag der Metallgenossen gab wie Gerhardt Hauptmann und sein graufiges Sammelsurium.

Sozialdemokratie und Sport.

Besonders auf dem Lande leugnet die sozialdemokratische Presse die Zusammengehörigkeit zwischen Partei und Arbeitersportvereinen. In Großenklingen, D.-M. Göppingen, also in Württemberg, hat ein Lehrer der Gewerbeschule seine Schüler gefragt, wer Mitglied der Freien Turnerschaft sei mit dem Verfügen, daß er auf Grund einer Verfügung der vorgelegten Behörde die Schüler vor dem Beitritt in Vereine, welche der Sozialdemokratie angehören, warnen müsse. Die sozialistische „Schwäbische Tagwacht“ tut nun ganz entrüstet gegen den Erlaß der Behörde und meint: Der Erlaß sei gegen Vereine gerichtet, die nicht der Sozialdemokratie angehören, die aber die Jugend davon bewahren wollen, in hurrapatriotischem Geiste erzogen zu werden: „Die Freie Turnerschaft und die Freie Jugend“. Warum bemüht sich die „Schwäbische Tagwacht“ so ängstlich um das „neutrale Mäntelchen“ und läßt der Öffentlichkeit, sogar der Regierung vor, daß diese beiden Organisationen nicht der Sozialdemokratie angehören? Weil es an Aufklärung in den höheren Schichten und in den breiten Massen fehlt — weil sie fehlt im Beamten- und Bürgerum — weil sich durch solche Täuschungspolitik doch wieder Massen fangen lassen, die offenen Auges niemals der Sozialdemokratie zufallen würden. Darum trägt Aufklärung überall hin bis in das entlegenste Dorf durch die Presse! Material dazu ist von der Geschäftsstelle des Deutschen Rad- und Motorsportverbandes Concordia in Bamberg, der auf christlich-vaterländischem Boden steht, stets kostenlos zu beziehen.

Die internationale Solidarität der englischen Gewerkschaften.

Im Jahresbericht des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes für Großbritannien befindet sich nach dem „Vorwärts“ (Nr. 161/1913) ein Passus, den sich unsere Kollegen gut merken mögen. Die Stelle lautet: „Die Wirklichkeit der Solidarität der Gewerkschaften Europas kam während des Kampfes der (Londoner) Transportarbeiter an den Tag, als ein Appell an das internationale Sekretariat sofortige und bedeutende Hilfe brachte. 5128 Pfund wurden durch Karl Legien an die Transportarbeiter geschickt. Dieses Geld kam von Deutschen, Österreichern, Skandinavien, Serben und Bulgaren, und mit dem Gelde kamen die wärmsten Wünsche zum Erlaß. Die Antwort auf den

olente: denn er hat selten — sicher nicht in den letzten Jahren — Neigung gezeigt, denen außerhalb des Landes finanziell beizustehen. Der schwedische Streik war ein Beispiel und der kürzlich erlassene Aufruf für die Gewerkschaften Serbiens und Bulgariens bildet noch ein schändliches Beispiel. Ungeachtet der Tatsache, daß die sozialistische Partei einen ähnlichen Aufruf erließ, und um Verwirrung zu vermeiden, beschloß der Bundesvorstand, daß der Aufruf um Hilfe im Namen des Gemeindefürsigen Komitees (Gewerkschaftsbund, Arbeiterpartei und Gewerkschaftskongress) erlassen werden sollte. Zurzeit haben 2,5 Millionen Gewerkschaftler mit all den Sozialisten und den anderen Organisationen der Bewegung in Großbritannien die enorme Summe von 250 Pfund zusammengebracht. Wer etwas von den kontinentalen Gewerkschaften kennt, kann nur vor Scham den Kopf sinken lassen und bei sich beschließen, gegen jeden Appell der britischen an die kontinentalen Gewerkschaften zu stimmen, bis daß die ersten die Lage klarer begreifen und sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt werden."

Wie man sieht, sorgen die Engländer immer nur für sich selber und überlassen es den anderen, für internationale Zwecke zu kämpfen. Trotzdem werden die deutschen Genossen ruhig weiter zahlen und sich dafür von den „Bettlern und Brüdern“ jenseits des Kanals auslachen lassen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Berg-Glabbad. Vor kaum Jahresfrist schloß sich ein sehr großer Teil der hiesigen Metallarbeiter unserem Verbande an. Die Kollegen der Eisengießerei und Maschinenfabrik Berger u. Co. traten fast restlos bei. Nachdem sie in einmütiger Weise ihre Treue zum Verband bekundeten und eine Reihe berechtigter Forderungen in den Betriebsversammlungen zum Ausdruck gebracht hatten, wurden diese von unserer Organisationsabteilung der Firma mit eingehender Begründung unterbreitet. Nach mehrmaligen Verhandlungen des Arbeiterausschusses sind folgende Erfolge zu verzeichnen:

1. Samstags ist Schluß der Arbeitszeit um 5 1/2 Uhr (bisher 6 1/2 Uhr).
2. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist um 4 Uhr Arbeitschluß.
3. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag bezahlt: Bis 9 Uhr abends 30 %, nach 9 Uhr 50 %, für Sonntagsarbeit 100 %. Die Wechselschichtarbeiter erhalten einen Zuschlag von 7 1/2 Pfg. pro Stunde. Die Akkordarbeiter erhalten für Ueberstunden einen Zuschlag von 10 Pfg.
4. Für die Tagelöhner wird der Stundenlohn auf 39 Pfg. erhöht. Zwei Arbeiter erhalten 40 Pfg. und ein Arbeiter erhält einen Extrazuschlag von 3 Mk. pro Wohnung. Eine den Kernmachern drohende Verdienstminderung von 3 Pfg. pro Stunde wurde abgewehrt.
5. Die Wohnung findet jetzt alle 14 Tage Freitags statt (bisher zweimal im Monat). An dem Zwischen-Freitag kann Lohnvorzuschuß entnommen werden.
6. Die in hygienischer Hinsicht gestellten Forderungen wurden gleichfalls bewilligt.

Durch diese Bewegung hat unsere Kollegenchaft so recht erkannt, welche große Werte die Organisation in sich trägt. Die Lohnsteigerung und Zuschläge und die Arbeitszeitverkürzung sind recht wertvolle Errungenschaften, die aber nur möglich waren und nur so lange Bestand haben, wie die Arbeiterschaft geschlossen in der Organisation zusammensteht und Standesbewußtsein an den Tag legt. Das einstimmige Gelöbnis der Kollegenchaft, allezeit treue und eifrige Verbandsmitglieder zu bleiben, muß durch regen Versammlungsbesuch und tatkräftige Mitarbeit zum Ausdruck kommen. Die noch fernstehende Arbeiterschaft der übrigen Betriebe und auch des Kleingewerbes in Berg-Glabbad, mögen sich die Kollegen der Firma Berger in ihrem Handeln und ihren Erfolgen zum Vorbild nehmen. Ueberall tut es not und jeder ist seines Glückes Schmied. Deshalb Metallarbeiter von Berg-Glabbad, folget unserer Parole: „Einer für alle, alle für einen.“

M-Glabbad-Bierjen. In einer am 21. Mai stattgefundenen Belegschaftsversammlung der Firma Gebr. Heinen in Bierjen wurde beschlossen, in eine Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes einzutreten. Die der Werkleitung durch den Arbeiterausschuß unterbreiteten Forderungen zielten hin auf eine zweiwöchentliche wöchentliche Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und eine allgemeine zehnprozentige Lohnerrhöhung. Nach mehrmaligem Vorstelligwerden und Verhandeln erklärte sich die Firma zu folgenden Eingeständnissen bereit:

1. Alle Arbeiter einschließlich der Akkordarbeiter, erhalten eine sofortige Lohnerrhöhung von 3 Pfg. pro Stunde.
2. Die Akkordlöhne, welche vor dem 1. Mai als feststehend galten, werden um 5 Pfg. erhöht.
3. Am Samstagabend ist eine Stunde früher Schluß als bisher.

Ferner erklärte sich die Firma bereit, im nächsten Jahre mit dem Arbeiterausschuß in Verhandlungen einzutreten über die Urlaubsfrage. Die Arbeiterschaft war mit diesen Zugeständnissen einverstanden.

Dieser schöne Erfolg, der nur durch das geschlossene Eintreten der Organisation erreicht werden konnte, sollte den Kollegen in den übrigen Betrieben von Bierjen, Rheidt und M-Glabbad die Augen öffnen und ihnen den Weg zur Organisation zeigen. Was die Metallarbeiter in Köln, Düsseldorf und bei der Firma Heinen in Bierjen erreichen konnten, das ist auch in den Werken vorgenannter Orte möglich, wenn nur die Vorbedingung, restloser Anschluß an die Organisation, an den christlichen Metallarbeiterverband erfüllt ist.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugung fort.

Bremen. Die Klempner stehen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifvertrags im Streik.

Düsseldorf. Auf dem Emailierwerk Rheinania stehen die Arbeiter im Streik.

Beverungen a. d. W. Die dem christlichen Metallarbeiterverband und dem christlichen Holzarbeiterverband angehörenden Arbeiter der Holzwarenfabrik von E. Rose stehen wegen Lohnhöhen im Streik.

Düsseldorf. Die Former und Gießereiarbeiter der Firma Windscheid & Wendel stehen im Streik.

Guskirchen. Die Arbeiter des Drahtwerkes Rheinania stehen wegen Lohnhöhen im Streik.

Breslau. Die Untergeßelbauer der Waagenfabrik Linke-Hoffmann stehen im Streik, das ganze Werk ist gesperrt. Zugang ist fernzuhalten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 6. Juli, der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 6. Juli bis 12. Juli 1913 fällig.

Aus dem Verbandsgebiet.

Stuttgart-Neurobach. In der „Metallarbeiterzeitung“ Nr. 24 und in der roten „Schwäbischen Tagwacht“ Nr. 127 verfaßt ein roter Skribent einen Artikel über: „Die Arbeitsverhältnisse bei Julius Behr, Süddeutsche Rührfabrik in Neurobach“. Wir würden uns mit dem Artikel nicht beschäftigen, wenn darin nicht unser Verband und der Bezirksleiter Kollege Gengler angepöbeln würden. Es hieß dem Genosseneignis zuviel Ehre an, wollte man sich in einzelnen damit beschäftigen. Gegenüber den sozialdemokratischen Entstellungen sei nur zum wiederholten Male hervorgehoben, daß zu der Zeit, wo mit Billigung des christlichen Metallarbeiterverbandes Mitglieder deselben in der Rührfabrik in Arbeit traten, dort keine Bewegung war. Die Stuttgarter Genossen sind so „bescheiden“, zu verlangen, daß überall da, wo sie in einem Betriebe eine Bewegung gehabt haben, nun bezwungen Mitglieder unseres Verbandes nicht in Arbeit treten dürfen. In öhrren Worten gesagt: Der sozialdemokratische Verband will haben, daß die Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes dort, wo die Genossen in die Macht haben, von der Arbeitsmöglichkeit ausgeschlossen werden. Um dies zu erreichen, schreit man auch nicht vor offenem Terror zurück. Das beweisen auch die Vorkommnisse in der Rührfabrik zu Beginn dieses Jahres. Als einige ausgepöbelte Kollegen von Menden dort in Arbeit traten, da legten gleich eine Anzahl Genossen die Arbeit nieder mit der Motivierung, sie arbeiteten nicht mit Christlichen zusammen. Ja, Beamte der Genossen scheuten nicht vor dem Verlust zurück, den Firmeneinhaber gegen die ausgepöbelten Menden Kollegen scharf zu machen. Für die Christlichen soll der Betrieb gesperrt sein, dagegen hatte man nichts dagegen, als die Mitglieder des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Scharen hineinführen, um Arbeit ansetzen und sich einstellen ließen. Auch eine Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes, die in Lubitzburg streikten, fanden in der Rührfabrik Stellung. Der rote Beamte meinte dem Herrn Behr gegenüber: daß, wenn Behr Leute brauche, er seine Christlichen einstellen solle, sie hätten selbst Arbeitslose, die er einstellen könne. Daraus ersieht man schon die Beschaffenheit der roten Moral und die Berechtigung der Entlassungsmache.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband ist heute im Stuttgarter Industriegebiet schon soweit, daß er seinen Verbandsmachergelüsten zuliebe die Arbeiterinteressen opfert und selbst schädigt. Beweis ist die rüde Kampfesweise gegen unseren Verband und seine Beamten, der rote Terror gegen unsere Mitglieder um sie zum Uebertritt zu veranlassen oder ihnen die Arbeitsmöglichkeit zu verneinen, das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in der Rührfabrik und bei der Stuttgarter Bauhofsarbeiterbewegung, wo man lieber in Christlichen hebe macht, als durch Geschlossenheit bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Das Bedauerliche an der Sache ist, daß sich Arbeiter zu solchen Exzessen gegen Arbeitskollegen mißbrauchen lassen.

An unsere Kollegen im Industriegebiete Groß-Stuttgart möchten wir den Appell richten, den roten Machenschaften durch eifrige Agitation für unseren Verband, entgegenzuwirken.

Wir kämpfen für eine edle Sache, für die Wahrung unserer freien Ueberzeugung und das Recht auf Arbeit gegenüber den Genossen, wie auch für die Besserstellung unserer wirtschaftlichen Lage. Darum auf Kollegen zur Beteiligung an gewerkschaftlichen Leben, herein in die Versammlungen und wader in die Agitation.

Düsseldorf. Der Abschluß der Klempner- und Installateur-Aussperrung durch einen Tarifvertrag, der die Wünsche der Genossen nicht ganz erfüllt, läßt die sozialdemokratische Organisierung dieses Berufes nicht zur Ruhe kommen. Von ihnen wird die Behauptung verbreitet, der Beamte Kunde vom christlichen Metallarbeiterverband habe hinter dem Rücken des Leantzen Käfer vom so in d metrat sehen Me al a beitt roebande Verhandlungen mit dem Obermeister der Zwangsinnung geführt. Im Interesse der Wahrheit und um jeder Gegende die Spitze abzubrechen, stellen wir hiermit öffentlich fest, daß diese Behauptung vollständig aus der Luft gegriffen ist. Der Sachverhalt ist vielmehr folgender:

Bevor irgend eine Unterredung mit dem Obermeister oder anderen Meistern oder Kommissionsmitgliedern der Zwangsinnung stattfand, hat Leupke sein Vorhaben, die abgebrochenen Verhandlungen wieder einzuleiten, dem Beamten Käfer telefonisch mitgeteilt. Käfer erklärte sich damit einverstanden und erst dann fand die erste Unterredung mit dem Obermeister statt. Diesem wurde ausdrücklich mitgeteilt, daß Käfer von diesem Schritt unterrichtet sei und ihm billige. Am Nachmittage desselben Tages hat eine persönliche Information des bisher frank gewesenen Kollegen Leupke mit der Innungskommission stattgefunden. Hier wurden keinerlei Beschlüsse gefaßt. Mit diesen Schritten und ihren Erfolgen hat sich die Kommissionsinnung der Aussperrten beschäftigt, welcher Vorgang und Sachverhalt ausführlich mitgeteilt wurde, und die daraufhin einmütig beschloß, die Verhandlungen mit der Zwangsinnung wieder aufzunehmen. Diese führten zur Einigung und wurde

hierdurch verhütet, daß die organisierten Genossen monatelang ausgepöbelt blieben.

Belehres hätten, scheint uns, eine Anzahl im sozialdemokratischen Verband Organisierten lieber gesehen, daher verbreiten sie jetzt derartige Unwahrheiten, wofür ihnen die ehrlich vorkämpfenden Kollegen schon die gebührende Antwort erteilen werden.

M-Glabbad. Am 13. Juli nachmittags 3 Uhr findet in M-Glabbad im Saale des Hotels Oberstadt (am Markt) ein Arbeitervertretertag statt. Die Tagung hat den Zweck, die Arbeitervertreter in den Krankenkassen, den Versicherungsämtern usw. in die Neuerungen der Reichsversicherungsordnung einzuführen. Zu der Tagung sind außer den Arbeitervertretern auch die Vorstände der Arbeitervereine und Gewerkschaftsgruppen sowie alle sozial interessierten Arbeiter eingeladen.

Schwelm. (Wieder ein hereingefallener Genosse!) Die Genossen haben mit ihren Klagen gegen christliche Arbeiter entschieden Recht. Nach dem Hereinfall des sattem bekannten Genossen Hoffmeister-Merlohn, der mit seinen Klagen gegen unser Verbandsorgan und die Kollegen Steinacker-Menden und Hirtzler-Essen sich eine blamable Niederlage holte, versuchte es auf Drängen seiner Schwelmer Kampfes der Genosse Schmidt-Düdenscheid sich seine „Tabellelosgigkeit“ als Genossenschaftler gerichtlich attestieren zu lassen. Allein das Genossengericht in Schwelm erfüllte ihm diesen Wunsch nicht, sondern es sprach benjamenfrei, der die „Tabellelosgigkeit“ des Genossen Schmidt bewieselt hatte.

Der Sache lag folgender Tatbestand zu Grunde. Unlänglich der Gewerbegerichtswahl in Schwelm, Ende 1912, war das dortige christliche Gewerkschaftsamt gerichtlich, in einem Flugblatt vertriebenen Verleumdungen der Genossen entgegen zu treten. Durch den Passus: „Daß ein Führer des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in Pleitenberg zu einer 12stündigen Arbeitszeit seine Zustimmung gab, behaupten wir auch heute noch, selbst gegenüber der Drohung mit gerichtlicher Klage“, fühlte sich Genosse Schmidt-Düdenscheid in seiner Ehre als Arbeiterführer angegriffen. Auf Drängen des in genanntem Flugblatt ziemlich hart mitgenommenen Obergewissen Dooht-Schwelm, mußte Schmidt gegen den verantwortlichen zeichnenden Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftsamtstellers den Kollegen Wintgens klagen. Allein die Beweisaufnahme vor dem Schöffengericht in Schwelm am 16. Mai ergab ein für die Genossen vernichtendes Resultat. Durch die eidliche Aussage des Gewerkschaftsamtstellers Schmalstieg vom christlichen Bauhandwerkerverband wurde bestätigt, daß der Unternehmer Kirchhoff-Pleitenberg, mit dem der klagende Genosse Schmidt den ominösen Tarifvertrag abschloß, ihm gegenüber den Anspruch tat: „Es ist alles erledigt, ich kann arbeiten lassen, so lange ich will. Zwölf Stunden und noch länger“. Ferner wurde durch die Beweisaufnahme bestätigt, daß Genosse Schmidt, obwohl die Lohnbewegung gemeinsam eingeleitet wurde, ohne Dinzuziehung der Leitung des christlichen Verbandes mit dem Unternehmer verhandelte. Das Gericht mußte deshalb, zumal dem Beklagten auch der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt werden mußte, zu einem Freispruch kommen. Genosse Schmidt und mit ihm der Obergewisse Dooht und sein Anhang in Schwelm brauchen also für den Spott nicht zu sorgen. Zu der mehr als blamablen Niederlage kommen die sehr erheblichen Kosten, welche sie zu tragen haben. Im übrigen ist es uns unverständlich, wie die Genossen als Träger des Schlagwortes „Klassenjustiz“ so oft zum Rabi laufen können und sich ihre angeblich „kompensierte Ehre“ ins Gleichgewicht bringen zu lassen. Aus dem Ausgang dieser Beleidigungsfrage können unsere Kollegen wiederum erleben, wie Genossen in der Praxis die Interessen der Arbeiter vertreten.

Wien. Zu einer imposanten, eindrucksvollen Kundgebung für unsere Bewegung gestaltete sich das am 22. Juni in Wien abgehaltene Kartellfest. Wenn auch das regnerische Wetter nicht gerade günstig war, um Massen auf die Beine zu bringen, so hatten sich doch die Kollegen vom Orte selbst sowohl, wie auch von den Nachbar-Bahnhöfen so zahlreich eingestellt, daß die kühnsten Erwartungen übertroffen wurden. Gamm halte allein mit Heeren 700 Personen nach Wien entsandt. Desgleichen waren auch in schöner Anzahl die Kollegen von Delbe usw. erschienen. Etwa 1500 Kollegen konnten sich zum Festzug formieren, der feinesgleichen in Wien noch nicht gesehen hat. Begleitet von den Klängen verschiedener Musiktabellen marschierten die Massen in musterhaftiger Ordnung nach dem Festlokal, wo sich bald ein fröhliches Leben und Treiben entfaltete. Im Saale selbst schritt man zur Umwicklung des erstrittenen Teils des Programms. Kollege Dobenkiepen begrüßte die erschienenen Gäste, u. a. Herrn Professor Dr. Gschöpf (Damm), Herrn Gymnasialdirektor Dr. Bod (Wien), die Vertreter der Geistlichkeit und der Beherrschschaft von Wien. Entschuldigend hatte sich u. a. Herr Bürgermeister Cornelt (Wien). Die Festrede hatte Kollege Föcher übernommen, der in derselben einen Witz warf auf die gewalt. Umwälzung, die in wenigen Jahren im Wirtschaftskleben Deutschlands sich vollzogen hat. Aus diesem Gären und Wehen erlorsche ein neuer Stand, der Arbeiterstand, der durch die Not der Zeit zur Erkenntnis gebracht, zu gewaltigen Organisationen sich zusammenschloß, um durch die Konzentration seiner Macht Einfluß zu gewinnen auf die Gestaltung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse. Vieles sei erreicht, insbesondere durch das Wirken der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung, aber mehr noch könne erzielt werden, wenn alle die hunderte von gleichgültigen Arbeitern sich aufzustehen und begeistert an der Standesarbeit der Gewerkschaften beteiligten. Um diesem Ziele immer näher zu kommen und das Ziel, das so manches Arbeiterherz jesselt, zu brechen, seien besonders die Organisierten zur Wirksamkeit, zur unermüdlichen, systematischen Arbeit verpflichtet, welche gerade für Wien noch großen Erfolg verspreche. Hierbei dürfe keiner zurückbleiben, sondern alle ohne Ausnahme müßten dahin wirken, daß die gewerkschaftliche Bewegung am Orte innerer unter dem Zeichen erfreulichsten Fortschrittes stände.

Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgten gemeinschaftliche Lieder usw., so daß wohl alle mit Befriedigung auf diesen Tag nutigen Beschlusses für unsere Bewegung zurückblicken werden.

Die ganze Arbeit wäre aber vergebens geleistet, wenn die durch diese Kundgebung geschaffene günstige Situation nicht ausgenutzt würde mit aller Kraft. Aufgabe der Kollegen unseres Verbandes von Wien ist es, jetzt an die noch abseits stehenden Kollegen heranzutreten und sie für unsern Verband zu gewinnen. An dieser Arbeit, Kollegen von Wien, müßt ihr euch alle beteiligen. Keiner darf zurückbleiben. Jeder Kollege der Ortsgruppe Wien mache im laufenden Monat nur ein: Aufnahme und unsere Zahl hat sich verdoppelt. Wenn je weiter gearbeitet wird, gibt es in kürzester Zeit keine Indifferenzen mehr in Wien. Auf uns Werk! Alle Mann an Bord bei Hausagitation!

Soziales.

Die Lüftung der Arbeitsräume.

Die Reinhaltung der Luft in den Arbeitsräumen erfordert nicht nur die Fortschaffung der durch die Atmung sowie die Beleuchtung entstandenen Verunreinigungen...

Besonders schädlich aber in großer Menge sich entwickelnde Gase, Dämpfe und Staubarten werden am zweckmäßigsten an der Entstehungsstelle durch Auffangen und Abföhlen un- schädlich gemacht.

Prof. Hartmann glaubt, daß es trotzdem ungerechtfertigt wäre, für alle Arbeitsräume die Verhinderung eines bestimmten Luftwechsels durch künstliche Einrichtungen zu verlangen...

Der durch die natürlichen Vorgänge entstehende Luftaus- tausch kann in einfacher Weise durch Anbringung von Öff- nungen in den Außenwänden verstärkt werden...

Die bewegende Kraft, welche die bei der Saug- und Drucklüftung notwendigerweise eintretende Luftbewegung her- vorbringt, wird durch natürlichen oder künstlich her- stellten Antriebe...

Bei der Benutzung des natürlichen und künstlich verstärkten Auftriebes sowie der äußeren Windströmungen können große Kräfte zur Bewegung der Luft nicht erzeugt werden...

daß die in die Arbeitsräume infolge des in ihnen durch die Saugwirkung entstehenden Unterdruckes dringende Luft rein ist, also von Orten stammt, woselbst eine Verunreinigung ausgeschlossen ist.

Bei allen Lüftungsanlagen ist besonders darauf zu achten, daß die Luftströmung sich in möglichst gleichmäßiger Weise auf alle Teile des Arbeitsraumes, jedenfalls aber auf die- jenigen Zonen beschränkt, in welcher die Arbeiter sich aufhalten...

Dr. Hanauer, Frankfurt.

Gelbeingänge bei der Hauptkasse Monat Juni.

- Stalberg 700, Lörrach 17,53, Rheinfelden 9,12, So- lingen 700, Mannheim 500, Augsburg 200, Jugoslawen 60, Barmen 350, Gevelsberg 500, Köln 4,50, Radolfzell 250, Wiesbaden 69,70, Hagen 872,89, Aachen 1700, Düsseldorf 1000, Bergen 100,96, Olpe 400, Solingen 700, Barmen 600, Ravensburg 240, Delbe 98,17, Ham- naber 300, M. Gladbach 1300, Schweinfurt 300, Hamm 1300, Mülheim-Oberhausen 539,60, Solingen 700, Ham- naber 100, Werder 400, Dortmund 1200, Saarbrücken 1241,90, Düsseldorf 1400, Augsburg 200, Hamm 800, Berlin 400, Köln 9, Chemnitz 120, Frankenthal 100, Bochum 500, Reheim 1250, Aachen 2500, Stolberg 4,50, M. Gladbach 800, Tuttingen 100, Deiffen 57,97, Olpe 400.

Literarisches.

„Vergewisser für die Arbeiterversicherungswahl e“ ist ein Broschürchen betitelt, welches vom General- sekretariat der christlichen Gewerkschaften herausgegeben wird...

Welcher Berufsorganisation sollen sich die evang. Arbeiter und Arbeiterinnen anschließen? Vor kurzem hat Koll. Batsch-Köln eine 32seitige Broschüre mit dem obigen Titel geschrieben.

Briefkasten

A. Dortmund. Dein Bericht traf erst Dienstag morgen hier ein, wird in der nächsten Nummer mitge- nommen.

Sterbetafel.

- Menden. Unser Kollege Hannes ist am 16. Juni im Alter von 37 Jahren an einem Herzschlag gestorben. Am 15. Juni starb unser Kollege der Schleißer Dombrowski im Alter von 22 Jahren an einer Lungenkrankheit. Wasseralfingen. Am 19. Juni starb unser Kollege Feuerhändl St. Peter im Alter von 44 Jahren an einem Schlaganfall. Dörfel. Am 23. Juni starb unser Kollege Heinrich Knops, Walzer, im Alter von 34 Jahren. Ahlen. Unser Kollege G. Buschhüter ist am 21. Juni im Alter von 49 Jahren infolge eines Unfalles gestorben. Am 21. Juni starb unser Kollege Heinrich Schmitzmeier im Alter von 25 Jahren an einer Blutvergiftung. Köln. Am 25. Juni verstarb unser Kollege Ernst Schmitz, Treher, infolge einer Lähmung im Alter von 55 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Berichtungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Verkümt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Sonntag, den 5. Juli. Berlin-Moabit. Bei Waberski, Wolkowitschstr. 30. Bezirk-Bremen. Am 6. Juli findet unsere Bezirkskonferenz im Saal im Melanour G. Hof, Große Allee 451 statt. Wetzlar. Abends 8.30 Uhr bei Jos. Schürmann, Kagenstr. Duisburg-Weiberich. Abends 8.30 Uhr bei Marie Raitland, in den Hänen. Dortmund-Ninnen. Abends 8.30 Uhr bei Langmann, Bismarckstr. Eberfeld. Abends 8.30 Uhr bei Perferath, Kragbad. Offen-Kunst- und Handwerker. Abends 8.30 Uhr in der „Büh- Halle“, Marktstraße 19. Offen-Posten. Abends 8 Uhr bei Frogemann. Offen-Steele-Kran. Abends 8.30 Uhr in Kray bei Freitag. Weiburg i. N. Abends 8.30 Uhr im Welterbräu, Schiffstr. 7. Göttingen. Abends 6 Uhr im Melanour Germania. Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmengarten. Mühl-Kalk. Abends 8.30 Uhr bei Hüttenberg, Breuerstr. 14. Mülheim. Abends 8.30 Uhr im Gelsenhof. Sülheim. Abends 8.30 Uhr bei Gottfr. Schmitz. Stuttgart. Abends 8.30 Uhr im römischen Käse, Holzstr. 3. Sonntag, den 6. Juli. Altenhaagen. Vorm. 11 Uhr bei Aug. Steinhilf, Voelkerstr. 1. Hellheim. Abends 1. Sonntag im Monat Versammlung abwechselnd im „Stich“ und „Krenz“. Berlin-Friedrichshagen. Vorm. 3 Uhr im Deutschen Gärtnerhe- Straßewerk 53. Bonn. Vorm. 10 Uhr bei Witz, Wilhelmstraße. Grefeld-Posten. Morgens 11 Uhr bei Berger, an der Kirche. Dortmund-Schwerte. Vorm. 11 Uhr bei Kordes, Bahnhofstraße. Dortmund-Kombuch. Nachm. 3 Uhr bei Schmittler. Duisburg-Saar. Vorm. 11.30 Uhr bei Janzen, Kaiserstraße. Duisburg-Schermelberich. Vorm. 11 Uhr im Juchlag, G. Steelerstraße. Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr findet im Vanludshof- Aulenhofstraße 39/40 die gemeindefürsorgliche Mitglieder-Versammlung der Verwaltungsstelle statt. Da die letzten Versammlungen in den Besuch zeigten, der im Interesse unserer Bewegung zu warten ist, so muß diesmal jeder Verbandskollege bestimmt erscheinen. Offen-Mühlstadt. Vorm. 11 Uhr in der „Müngerhalle“, Marktstr. 18. Offen-Garnob. Nachm. 4.30 Uhr in der Hohl bei Th. Hoffmann. Offen-Kalberhausen. Vorm. 11 Uhr bei Richter, Gelsenhofstraße. Offen-Müllinghausen. Vorm. 11 Uhr bei Schroe. Gelsenhofen-Mühlstadt. Morgens 11 Uhr im Mühlhof-Restaurant. Genua. Im Restaurant am Frankfurter, Gärtnerstraße. Schweinfurt. Vorm. 10 Uhr in der Harmonie. Karlsruhe-Darlingen. Nachm. 3.30 Uhr im Stich. Karlsruhe-Giltenach. Vorm. 10 Uhr Vorstand- und Vertrauens- männer-Sitzung im „Wilden Mann“. Ahlen-Mingst. Morgens 11 Uhr bei Helmut. Dür. Döhlmerstraße. M. Gladbach-Sülheim. Morgens 10 Uhr bei Porta. Nieder-Gölsche. Nachm. 4.30 Uhr bei Voggel, Meserent Beizler- licher Str. 11. Rort-Neubach. Nachm. 5 Uhr bei Demmer in Urbach. Roth-Neumar. Morgens 10.30 Uhr bei Klein. Schal-Kümmle. Nachm. 5 Uhr bei W. Heber, Halverstraße. Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Mele, Bahnhofstraße. Siedl. Morgens 11 Uhr bei Franz Richter, Brüderstr. 65. Siegburg. Morgens 11 Uhr bei Meindorf, Kronprinzstraße. Sterkrade. Morgens 11 Uhr bei Meindorf, Kronprinzstraße. Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen, an der Weerkaufstraße. Troisdorf-Sieglar. Morgens 11 Uhr bei Klein in Sieglar. Dienstag, den 8. Juli. Dausie-Parental. Abends 8 Uhr bei Müller. Dortmund-Ninnen-Weimar. Abends 8.30 Uhr bei Strohmelle- Vertrauensmänner-Sitzung. Donnerstag, den 10. Juli. Wetzlar. Abends 8.30 Uhr Vorstand- u. Vertrauensmänner-Sitzung im Lokal Unter Nr. 20. Tansia-Dra. Abends 8 Uhr bei Behowski. Karlsruhe-Giltenach. Abends 8 Uhr mit Vortrag im „Wilden Mann“. Dortmund I u. 2. Abends 9 Uhr Vertrauensmänner-Sitzung im Lokal zum „goldenen Löwen“, 1. Kampstr. Samstag, den 12. Juli. Barmen. Abends 8.30 Uhr im Jägerhof, Ecke Jäger- und Wöhlings- hauerstr. Berlin-Norhen. Abends 8.30 Uhr bei Schiede, Guffenstr. 4-5. Chemnitz. Abends 8.30 Uhr im „Reuthischen Hof“, Brauhausstr. 13. Dortmund I. Abends 9 Uhr im Lokal Kroll, Körnerplatz. Eilenach. Abends 8.30 Uhr im Weimarischen Hof. Gamburg. Abends 8.30 Uhr im Willems Gesellschaftshaus, Kollhöfenstr. 27. Hagen (Mühlstadt). Abends 8.30 Uhr bei Giffhof, Körnerstr. 17. Köln-Humboldt-Kolonie. Abends 8.30 Uhr bei Kuth, Marktstr. Köln-Schneid. Abends 8.30 Uhr bei Wilmann, Reulerstr. Köln-Kindenthal. Abends 8.30 Uhr bei Söddeler, Wagemerstr. Lüdenscheid. Abends 8.30 Uhr bei E. Steiner, Wilhelmstr. Mülheim-Verwaltungswahl. Abends 8 Uhr im Lokal Leopold- Stadt, Genselbeckstr. 11. Reheim I. Bezirk. Abends 8.30 Uhr im Gelsenhofhaus. Solingen-Kaan. Abends 8.30 Uhr bei Krahwinkel. Stuttgart-Ludwigsburg-Jugendliche. Abends 7 Uhr bei Wein- mann. Stuttgart-Ruffenhäuser. Abends 8.30 Uhr in der Traube. Stuttgart-Kernerbach. Am Lokale zum gold. Fährle, Stuttgart-erstr. 17. Sülheim. Abends 8.30 Uhr bei Wm. Lange. Wöhling. Abends 8.30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstr. 178. Würzburg. Abends 8 Uhr im Lokal Endres, Herrergasse. Sonntag, den 13. Juli. Rechenburg. Morgens 11 Uhr bei Erlöf. Arbil. Morgens 10.30 Uhr bei Griesberg. Grefeld-Stadt. Morgens 11 Uhr in der Reichshalle. Grefeld-Sül. Morgens 10.30 Uhr bei Metz an der Kirche. Tansia. Mittags 2 Uhr im Joleishaus. Düsseldorf-Gler. Vorm. 11 Uhr bei Haasevel, Gumbertstr. 120. Düsseldorf-Interkrath. Vorm. 11 Uhr bei Reuter, Rüterstr. 14. Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11 Uhr bei Boffen, Luegallee 50. Düsseldorf. Nachm. 3.30 Uhr findet im Sieders Gartenhof (hinter an der Rheinstraße zu Düsseldorf-Samm das Sommerfest der Verwaltungswahl statt. Zudem wird um allezeitige Beteiligung erlitten, bemerken wir, daß unter Fest bei jeder Witterung ab- gehalten werden kann. Eintrittskarten sind durch die Einlassier- und Vertrauensmänner zu haben. Thingen. Vorm. 11 Uhr im Hüttenheim. Gamburg. Nachm. 3 Uhr im Kolpinghaus, Dillenweg. Tansia-Mühlstadt. Vorm. 11 Uhr bei Bernh. Giffhof, Körnerstr. 17. Weichenich. Morgens 11 Uhr bei Diebeler. Weheim-Jugendliche. Nachm. 4 Uhr im Gelsenhofhaus. M. Gladbach. Vorm. 11 Uhr bei Roden, Marktstraße. Rottenburg a. N. Vorm. 10 Uhr im Engel. Straubing. Vorm. 10.30 Uhr im „Münchner Hof“. Sülh. Morgens 11 Uhr bei Her. Wengern. Vorm. 11 Uhr bei Hofmann. Montag, den 14. Juli. Grevenbroich. Gleich nach Feierabend im Lokal Stenefeld, Rheinler- straße. Das Erläutern aller Verbandskollegen ist unbedingt erforderlich. Adressen. Frankfurt a. M. Am 10. Juli findet sich die Geschäftswahl Weiden- hofstraße 22. Geschäftsempfehlung. Der unterzeichnete inaktiv gewordene Verbandskollege hat ein Verbandsmitglied in Solinger Stadtwaren erledigt und bittet um geneigten Zuspruch. Ich empfehle Gaartheimdemaschinen, Hahnermeier und Apparate mit Zuluftklappen und Abzugsmaschinen, sowie Meßer, Scheren, Gabeln, Bügel, Besen etc. in allen Preislagen für jedes Stück wird Garantie geleistet. Johann Müller, Döligs, Talstr. 20.